



# ORIENTIERUNG

Nr. 6 69. Jahrgang Zürich, 31. März 2005

**I**N EINER KONFLIKTSITUATION von den miteinander im Streit liegenden Gruppen der geheimen Parteinahme für die jeweils gegnerische Seite beschuldigt zu werden, erweist sich für den Betroffenen als eine paradoxe Situation: Der Versuch, jeder involvierten Partei deutlich zu machen, man handle eigenständig und nicht im Interesse und als geheimer Agent des jeweiligen Gegners, kann nur allzu leicht den Verdacht verstärken, man wolle «die Karten nicht offen auf den Tisch legen». Peter Benenson, der am 25. Februar 2005 in einem Oxforder Spital verstorbene Gründer von *Amnesty International*, ist mit solchen Situationen immer wieder konfrontiert worden.<sup>1</sup> Er begriff sie nicht nur als eine Herausforderung, in jedem einzelnen Fall gegenüber seinen Verhandlungspartnern die eigenen Absichten so klar und so unmißverständlich wie möglich zur Sprache zu bringen, sondern er verstand sie auch als ein Zeichen, daß es keiner der miteinander im Streit liegenden Parteien gelungen war, ihn für sich zu vereinnahmen. Immer wieder hat er solche Situationen als Joker gegenüber seinen jeweiligen Partnern einzusetzen gewußt, und meistens gelang es ihm dann auch, diese von seiner unparteiischen Position und seinen uneigennütigen Absichten zu überzeugen.

## Peter Benenson (1921 – 2005)

Unbedingte Treue zu den eigenen Prinzipien, realistische Einschätzung der Machtverhältnisse sowie die Fähigkeit, diese für die eigenen Pläne erfolgreich einzusetzen und dabei seine Vorgehensweise gegenüber allen beteiligten Parteien transparent zu machen, zeichneten die politischen und gesellschaftlichen Initiativen von P. Benenson aus. Diese Eigenschaften standen auch am Beginn seiner ersten Aktion für politische Gefangene, die mit Recht als die Gründungsgeschichte von *Amnesty International* bezeichnet werden kann.

Am 19. November 1960 las er während einer Fahrt in der Londoner U-Bahn in einer Zeitungsnotiz die Meldung, zwei portugiesische Studenten seien zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt worden, weil sie in einem Restaurant in Lissabon mit einem Trinkspruch auf die Freiheit angestoßen hatten. Während er noch überlegte, welches die erfolgreichste Art sei, die portugiesische Regierung zur Freilassung der beiden verurteilten Studenten zu bewegen, unterbrach er seine Fahrt, um in der neben dem Trafalgar Square gelegenen Kirche St. Martin-in-the-Fields sein weiteres Vorgehen zu überlegen. Wäre es nicht möglich, durch eine Briefaktion die portugiesischen Behörden zur Freilassung der verurteilten Studenten zu bewegen? Wäre ein Erfolg einer solchen Aktion nicht um einiges gewisser, wenn sich nicht nur einzelne Personen an ihr beteiligen würden, sondern die Behörden von einer Brieflawine mit der Bitte um Amnestie überrollt würden? Und warum sollte eine solche Aktion auf ein einzelnes Land beschränkt bleiben, wenn gleichzeitig in einer Vielzahl von Ländern politische Gefangene ohne fairen Prozeß verfolgt und bestraft werden? Für sein Projekt einer Briefaktion gewann P. Benenson die Unterstützung von Eric Barek, einem prominenten Quäker, und von Louis Blom-Cooper, einem international bekannten Anwalt. Gemeinsam kamen sie überein, die Kampagne «Ein Appell für eine Amnestie 1961» zu starten, mit der mehrere begrenzte, und deshalb klare Ziele erreicht werden sollten: Sollte es an erster Stelle um den Einsatz für die Freilassung politischer Gefangener ohne Ansehen der Person und für eine faire Prozeßführung für die betroffenen Beschuldigten gehen, so sollte an zweiter Stelle die Forderung nach einer großzügigeren Asylgewährung für politische Gefangene und nach einem international anerkannten Regelwerk stehen, das die Freiheit der Meinung und des Gewissens weltweit verbindlich schützen solle. Die drei gewannen für ihr Projekt die Unterstützung des langjährigen Herausgebers der Sonntagszeitung *Observer*, David Astor, und so konnte in der Ausgabe vom 28. Mai 1961 unter dem Titel «Die vergessenen Gefangenen» der erste Aufruf veröffentlicht werden, mit Briefen von den verantwortlichen Regierungen die Amnestierung von acht im Artikel vorgestellten politischen Gefangenen zu fordern.<sup>2</sup> Dieser Beitrag im *Observer* präsentierte acht politische Gefangene: Agostino Neto, einen Dichter und Arzt, der später der erste Präsident

**ZEITGESCHICHTE/MENSCHENRECHTE**  
**Peter Benenson (1921-2005):** Zum Tode des Gründers von *Amnesty International* – Eine erfolgreiche Idee – Der Appell für eine Amnestie 1961 – Zum Begriff des «politischen Gefangenen» – Die Menschenrechtssituation in den siebziger Jahren – Wandel des Menschenrechtsdiskurses – Erweiterungen des Mandates und ihre Folgen – Was sind schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen? – Im Zeitalter «zerfallender Staaten» – Unparteilichkeit und Universalität.

Nikolaus Klein

### POLITIK

**Die orangene Revolution:** Das neue Gesicht der Ukraine – Die Ukraine unter Präsident Leonid Kutschma – Zur Situation der Menschenrechte und der Pressefreiheit – Von der «gelenkten Revolution» zu einer «Revolution von unten» – Die oppositionelle Präsidentschaftskandidatur von Viktor Juschtschenko – Die Geburtsstunde der orangenen Revolution – Die Vermittlerrolle von Präsident A. Kwaśniewski – Die Taktik des russischen Präsidenten – Das zögerliche Engagement der EU – Wahlkampf im Zeichen eines Glaubenskrieges – Zur Position der Kirchen in der Ukraine – Hoffnungen auf einen Neubeginn – Fragile Regierungskoalition – Die kommenden Parlamentswahlen von 2006 – Außenpolitische Wirkungen der Wahlen – Die Sonderbeziehungen zu Moskau – Die Spannungen zwischen der West- und der Ostukraine – Aussichten auf eine EU-Mitgliedschaft? – Herausforderungen für eine nachhaltige Diplomatie.

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

### LYRIK

**Geglückte Balance:** Ein Versuch, *Hilde Domin* tiefer zu begreifen – Die Erfahrungen von Verfolgung, Flucht und Exil – Rettung und tragfähiges Vertrauen – Die Sprache als Heimat – Selbsterkenntnis im Spiegel der Gedichte – Leben am Rande des Abgrundes – Die suchende Hand greift nicht ins Leere – Von der Fragilität glücklicher Balance.

Thomas Brose, Berlin

### THEOLOGIE

**«Ein Fremdwort von zuhause»:** Die unmögliche Lektion von Auschwitz für die christliche Theologie (*Erster Teil*) – Auschwitz als Lektion? – Lernen als Aneignung – Die Topographie der Arbeit an Auschwitz ist polyzentrisch – Zur Rede vom Anfang – Ein mehrfach gebrochener Begriff von Arbeit – Der «Text» von Auschwitz – Die Unmöglichkeit einer Lektüre – Lesen als ethischer Akt – Die Verknüpfung von Gemeinschaft und Ungemeinschaft – Im Gewebe der Überlieferungen – Wer zeugt für den Zeugen? – Der Moment der Veränderung und Bekehrung – Zwischen Scheitern und Neuanfang – Beanspruchung einer Hoffnung – Die Theologie nach Auschwitz – Die Pflicht zur Selbstrevision – Hinwendung zum Judentum. (*Zweiter Teil folgt*)

Knut Wenzel, Regensburg

im unabhängig gewordenen Angola wurde; Constantion Noica, einen rumänischen Philosophen, der «wegen feindlicher Propaganda gegen den rumänischen Staat» zu einer Haft von 25 Jahren verurteilt worden war; Antonio Amat, einen spanischen Rechtsanwalt, der, weil er ein Netzwerk von demokratisch engagierten Gruppen aufgebaut hatte, ohne Gerichtsverfahren zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war; Pfarrer Ashton Jones, der wegen seines Einsatzes für die Bürgerrechte in den amerikanischen Südstaaten mehrfach im Gefängnis saß; Patrick Duncan, der wegen seines Widerstandes gegen das südafrikanische Apartheid-Regime zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war; Tony Abiatcios, der als Mitglied der kommunistischen Partei Griechenlands und als Gewerkschafter wegen seines regierungskritischen Engagements festgenommen worden war; und schließlich mit Kardinal Joseph Mindszenty in Budapest und Erzbischof Josef Beran in Prag zwei hochrangige katholische Geistliche, die wegen ihrer Haltung gegenüber der Religionspolitik ihrer Regierungen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Mit dieser Auswahl politischer Gefangener gelang es den Initianten der Aktion, auf einige schwerwiegende Fälle von Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und die politischen Kontexte bewußt zu machen, in denen einzelnen Bürgern von ihren Regierungen grundlegende Rechte vorbehalten und verweigert wurden. Die Reaktion auf den Aufruf übertraf alle Erwartungen: Eine Fülle von Briefen wurde an die verantwortlichen Regierungen geschrieben, und zugleich erhielten die Initianten Informationen über eine Vielzahl ihnen bislang nicht bekannter Fälle von Menschenrechtsverletzungen und «vergessenen Gefangenen». Die Aktion vom 28. Mai 1961 fand sehr rasch auch außerhalb Englands Nachahmer: Carola Stern und Gerd Ruge gründeten die westdeutsche Sektion. Acht Wochen nach dem Aufruf für die «vergessenen Gefangenen» trafen sich Delegationen aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Irland, der Schweiz und den USA in Luxemburg. Hier einigte man sich darauf, aus dieser einmaligen Aktion eine dauerhafte Initiative zu machen und ihr den Namen *Amnesty International* zu geben, um ihr weltweites Engagement auszudrücken. Innerhalb des ersten Jahres wurden in Australien, Belgien, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Griechenland, Norwegen, Schweden, in der Schweiz, in den Niederlanden und den USA nationale Sektionen gegründet.<sup>3</sup> Schon in der (ersten) Aktion vom 28. Mai 1961 zeigten sich sehr klar die Optionen und die Vorgehensweise, welche den Einsatz von *Amnesty International* während der folgenden Jahre geprägt haben. Unumstrittener Ausgangspunkt für alle beteiligten Einzelpersonen und Gruppen bildete die Überzeugung, daß trotz aller politischen, kulturellen und religiösen Unterschiede der Beteiligten die Integrität bzw. die Unteilbarkeit der Menschenrechte weder untereinander noch gegenüber den angesprochenen Regierungen verhandelbar sind. Auf dieser Position gründete die für *Amnesty International* charakteristische Maxime der «The Three», nämlich die Praxis, daß von jeder Gruppe von *Amnesty International* je ein Gefangener aus den Staaten des Ostblocks, aus den westlichen und schließlich den blockfreien Staaten be-

<sup>1</sup> Peter Benenson wurde am 31. Juli 1921 als Enkel eines aus Rußland ausgewanderten jüdischen Bankiers in London geboren, studierte in Eton, wo er zum Katholizismus konvertierte, und in Oxford. Sein Tutor war der Dichter W.H. Auden. Schon als Schüler engagierte er sich für Flüchtlinge und politische Gefangene. So mobilisierte er 1939 befreundete Familien, zwei aus Deutschland geflohene jüdische Jugendliche aufzunehmen und war in den fünfziger Jahren mehrfach als Beobachter britischer Gewerkschaften in Spanien, Ungarn und Zypern. Dreimal bewarb er sich erfolglos um ein Unterhaus-Mandat für die Labour-Partei, gründete und finanzierte Justice, die britische Sektion der «Internationalen Juristen-Kommission». Diese Organisation bot ihm 1960/61 die Infrastruktur zum Aufbau von *Amnesty International*.

<sup>2</sup> Eine faksimilierte Wiedergabe des Artikels aus dem *Observer* vom 28. Mai 1961 findet sich auf der Homepage der amerikanischen Sektion von *Amnesty International* ([www.amnestyusa.org](http://www.amnestyusa.org)).

<sup>3</sup> Zu Geschichte und Aufbau von *Amnesty International*: Jonathan Power, Like water on stone. The Story of Amnesty International. Northeastern University Press, Boston 2001, 119-164; Ann Marie Clark, Diplomacy of Conscience. Amnesty International and Changing Human Rights Norms. Princeton University Press 2001, 5-36.

treut wurde. Um nicht in die damaligen (ideologischen) Debatten um die Menschenrechte hineingezogen zu werden, beschränkten sich die beteiligten Gruppen konsequent darauf, sich auf die «Allgemeine Menschenrechtserklärung» zu berufen.

In den sechziger und siebziger Jahren konnte *Amnesty International* einmal seine Arbeit konsolidieren. Gleichzeitig sah sich die Organisation durch die politische Entwicklung zu weitreichenden Entscheidungen über die Ausweitung ihres Mandates herausgefordert. So hatte *Amnesty International* den südafrikanischen Aktivisten Nelson Mandela zunächst als «Gewissensgefangenen» adoptiert. Nachdem dieser wegen Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes 1964 verurteilt worden war, fiel er nicht mehr unter den Kriterienkatalog eines «gewaltfrei handelnden politischen Gefangenen». 1968 wurde deshalb das Statut von *Amnesty International* erweitert. Neben dem weiterhin als unbestritten anerkannten Einsatz für «Gewissensgefangene» verpflichtete sich *Amnesty International* zusätzlich für den Kampf gegen die Folter und gegen die Todesstrafe und für den Einsatz für faire Gerichtsverfahren gegen politische Gefangene wie z.B. Nelson Mandela.

Diese Entscheidung brachte nicht nur eine wichtige Ausweitung der Reichweite des Mandates von *Amnesty International*. Sie machte gleichzeitig deutlich, daß das Prinzip der Unteilbarkeit und Integrität der Menschenrechte nur aufrechtzuerhalten war, wenn in jedem Einzelfall einer Adoption von politischen Gefangenen auch deren politischer und sozialer Kontext ausreichend zur Kenntnis genommen wurde. Dieser Vorgang ist vielfach als «Politisierung» von *Amnesty International* bezeichnet worden. Aber gerade aus dieser Position heraus war *Amnesty International* in der Lage, auf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen während der siebziger und achtziger Jahre in vielen Staaten Lateinamerikas zu reagieren. Die von vielen Regierungen – nach dem Vorbilde der Regierung Chiles nach dem Militärputsch von General Augusto Pinochet im Jahre 1973 – übernommene Praxis «verschwendener Gefangener» und «extralegalen Hinrichtungen» sollte einerseits die politische Opposition vernichten und gleichzeitig jeden Hinweis auf die Verbrechen der Regierung aus der Welt schaffen. Diese Doppelstrategie der einzelnen Regierungen zwang *Amnesty International*, sich nicht nur für die einzelnen politischen Gefangenen einzusetzen, sondern in vielen Fällen mußte die Organisation zuerst einmal den Nachweis erbringen, daß die jeweiligen Regierungen für die Vorbereitung, die Durchführung und die Vertuschung der Verbrechen verantwortlich waren, deren sie bezichtigt wurden. Weil sich in dieser Lage die Mitglieder von *Amnesty International* im Verlaufe der Jahre eine hohe Kompetenz in der Analyse der Menschenrechtssituation in den einzelnen Ländern erarbeiten mußten, stiegen Ansehen und Wirksamkeit der Organisation auf der internationalen Ebene. Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 1977 an *Amnesty International* wurde dieser Sachverhalt und das dahinterstehende Engagement international anerkannt.

Die internationale Anerkennung von *Amnesty International* hatte zur Folge, daß sich die Organisation immer wieder neu innerhalb der internationalen Menschenrechtsbewegung und des dadurch bedingten Menschenrechtsdiskurses zu vergewissern hatte. Dieser Sachverhalt bestimmte während des letzten Jahrzehntes die Diskussionen um notwendige Mandatserweiterungen. Seit in Yokohama 1991 das Konzept des «politischen Gefangenen» als entscheidendes Kriterium für ein Engagement von *Amnesty International* aufgegeben und der Begriff der «schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung» bestimmend wurde, kamen die Debatten über die Reichweite des Mandates nicht mehr zum Stillstand.<sup>4</sup> Dies entsprach einerseits den weltpolitischen Veränderungen und den Auswirkungen, welche diese für den Menschenrechtsdiskurs überhaupt mit sich brachten, barg andererseits die Gefahr, daß Entscheidungen für einzelne Aktionen vorwiegend

<sup>4</sup> Vgl. Reinhard Marx, amnesty international – die Hervorbringung einer spezifischen Strategie aus dem aktuellen Kontext des menschenrechtlichen Diskurses, in: Amnesty International, Hrsg., 40 Jahre für die Menschenrechte. Neuwied 2001, 14-33, bes. 19ff.

nach dem Kriterium ihrer «Kampagnenfähigkeit» gefällt werden könnten. Dies bedeutete einmal die sachgemäße Einsicht, daß *Amnesty International* sich als eine unter vielen Menschenrechtsorganisationen verstand und seine Relevanz in der Identität und Differenz zu ihnen zu explizieren hatte, zwang aber die Organisation in der Folge, in einem mühsamen Lernprozeß ihre Aufgaben jeweils neu bestimmen zu müssen. Bislang erwies sich dabei der immer wieder in Anspruch genommene Rückgriff auf die Grundintuition ihres Gründers P. Benenson, daß jedem Menschen, ohne Ansehen der Person, die Menschenrechte zustehen, auch in der Situation der «zerfallenen Staaten»<sup>5</sup> als tragfähige Basis für ein Engagement im Dienste des geschundenen und verfolgten Menschen.<sup>6</sup>

Nikolaus Klein

<sup>5</sup>Zum Phänomen und zur politikwissenschaftlichen Analyse von «zerfallenden» und «zerfallenen» Staaten: Stefan Mair, Intervention und «state failure»: Sind schwache Staaten noch zu retten?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 11 (2004) 3, 82-98.

<sup>6</sup>Vgl. dazu den ungezeichneten Einleitungssatz «Plädoyer für eine internationale Menschenrechtsagenda» (in: ai Jahresbericht 2004. Frankfurt/M. 2004). Als grundlegendes Problem stellt sich mit immer größerer Dringlichkeit die Frage, wer in Zukunft noch zur Durchsetzung der Anerkennung von Menschenrechten in der Lage ist, wenn der Nationalstaat, auf dessen Kompetenz zur Normsetzung und Normdurchsetzung das universelle System der Menschenrechte bislang beruhte, immer mehr an Bedeutung verliert. Angesichts dieser Situation gewinnt Immanuel Kants Vorschlag einer zwar schwachen, die bisherigen Staaten ergänzenden «föderalen Weltrepublik» an Plausibilität. (Vgl. Otfried Höffe, «Königliche Völker» Zu Kants kosmopolitischer Rechts- und Friedenstheorie. Frankfurt/M. 2001, 221-237).

## DIE ORANGENE REVOLUTION

### Das neue Gesicht der Ukraine

In den «gelenkten Revolutionen», von denen es in unserer Welt leider allzu viele gibt, dienen «Wahlen» der herrschenden Machtelite lediglich als Feigenblatt. Hinter dem demokratischen Schein verbirgt sich der schamlos betriebene Machterhalt. Die Kontrolle über die Medien garantiert eine Wahlpropaganda ganz nach dem Geschmack des Systems: Der Opposition wird der Zugang zu ihnen erschwert, sie selbst unter erfundenen Beschuldigungen diskreditiert, der gewünschte Kandidat dagegen eindringlich zur Wahl empfohlen. Jeder im Land soll wissen, hinter welchen Namen er sein Kreuz zu machen hat – und sei es aus purer Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder vor anderen Repressalien. Sollte all dies den gewünschten Wahlausgang nicht sicherstellen, dann bleibt immer noch die Möglichkeit der Wahlfälschung. Denn in einer «gelenkten Demokratie» werden Wahlen nicht mit der Stimmabgabe, sondern durch Auszählung der Stimmen entschieden.

### Wahlkampf auf ukrainisch

Als ein Musterbeispiel «gelenkter Demokratie» kann die Ukraine unter der Präsidentschaft von *Leonid Kutschma* gelten.<sup>1</sup> Den letzten Beweis lieferten die inszenierten Präsidentschaftswahlen vom vergangenen Herbst. Nach zweimaliger Amtszeit konnte Kutschma aufgrund der Verfassung kein weiteres Mal kandidieren. Damit die Verhältnisse im Land der Oligarchen blieben, wie sie waren, war als sein Nachfolger der regierende Premier *Viktor Janukowitsch* ausersehen worden. Er mußte nur die Wahl gewinnen. Unter den über zwanzig Präsidentschaftskandidaten hatte Janukowitsch mit *Viktor Juschtschenko* nur einen einzigen ernsthaften Konkurrenten. Der Chef der Oppositionspartei «Unsere Ukraine» hatte schon einmal unter Kutschma das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet, sich als Reformler versucht und war eben aus diesem Grund von Kutschma entlassen worden. Nun wurde er im «Wahlkampf» zur bevorzugten Zielscheibe der von Kutschma und seinen Oligarchen kontrollierten Fernsehkanäle und Presse. Er wurde als «Nationalist» verdächtigt, der im Falle seiner Wahl die zumal in der Ostukraine vorherrschende russische Sprache zurückdrängen und die dem Moskauer Patriarchat unterstehende russisch-orthodoxe Kirche behindern wolle. Unter Hinweis auf seine amerikanische Frau rückte man ihn in das falsche Licht eines Handlungers der USA und stellte ihn in den Karikaturen der regierungstreuen Zeitungen in bewußter Assoziation zum Texaner Bush als Cowboy dar. Und um die Masse betagter Bürgerinnen und Bürger für sich zu gewinnen, erhöhte Janukowitsch am Parlament vorbei und ohne ausreichendes Budget kurz vor den Wahlen die Renten.

Doch es blieb nicht bei derlei Manipulationen. Mitte September wurde Juschtschenko von einer ebenso geheimnisvollen wie

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch Theo Mechtenberg, Die Ukraine im europäischen Einigungsprozeß, in: Orientierung 65 (2001), 202ff.

ernsthaften Erkrankung heimgesucht. Er mußte den von ihm engagiert auf der Straße, in direkter Begegnung mit den Menschen geführten Wahlkampf unterbrechen und sich in eine Wiener Klinik begeben. Die Ärzte diagnostizierten eine Vergiftung. Mit entstelltem Gesicht kehrte Juschtschenko nach Kiew zurück und erklärte im Parlament, man habe ihn durch einen Mordanschlag aus dem Verkehr ziehen wollen. In einer «gelenkten Demokratie» sind derlei Praktiken nichts Ungewöhnliches, auch nicht in Kutschmas Ukraine. Schließlich lag die Ermordung des systemkritischen Journalisten *Georgij Gongadze* erst vier Jahre zurück. Kein geringerer als Kutschma persönlich hatte sie einer der Opposition zugespielten Tonbandaufzeichnung zufolge in Auftrag gegeben. Wie damals das Tonband offiziell als Fälschung deklariert wurde, so ließ auch diesmal ein Dementi nicht lange auf sich warten. Während die Ärzte des Wiener Spitals bei ihrer Diagnose blieben, schloß der Direktor des Krankenhauses im ukrainischen Fernsehen die Möglichkeit eines Giftanschlags aus. Kaum zufällig wurde das Interview in einem von Janukowitschs Schwiegersohn kontrollierten Kanal gesendet.

### Die Geburtsstunde der orangenen Revolution

Im ersten Wahlgang erhielt weder der eine noch der andere Viktor die erforderliche Mehrheit. Die Stichwahl wurde auf den 21. November 2004 festgelegt. Dies bedeutete weitere Wochen Wahlkampf mit zunehmender Polarisierung zwischen der rußlandorientierten, rohstoffreichen, von Oligarchen beherrschten Ostukraine und dem die Kandidatur von Juschtschenko unterstützenden Westen des Landes. Die Wahlprognosen sagten für Juschtschenko gegenüber seinem Konkurrenten einen Vorsprung von 10 Prozent voraus. Doch am Wahltag häuften sich die Nachrichten von unkorrekten Stimmauszählungen und anderen Wahlfälschungen. Ganze Gruppen seien in der Ostukraine von Wahllokal zu Wahllokal kutschiert worden, um für Janukowitsch mehrfach ihre Stimmen abzugeben. Der wurde denn auch am Ende zum Wahlsieger erklärt.

Doch der um seinen Wahlsieg betrogene Verlierer gab sich nicht geschlagen. Er rief nach Verkündung des Wahlergebnisses die Bürger auf, sich am nächsten Morgen in Kiew auf dem Platz der Unabhängigkeit zu versammeln, um die von ihnen getroffene Wahlentscheidung zu verteidigen. Und sie kamen diesem Aufruf zu Tausenden nach. So wurde der 23. November zur Geburtsstunde der orangenen Revolution. Dieser Tag kündigte das Ende der «gelenkten Demokratie» an. Die im ganzen Land aufflackernden Proteste zeigten, daß die Menschen den *homo sovieticus* überwunden und sich auf ihre Menschenwürde und Bürgerrechte besonnen hatten. Dieses Erwachen der ukrainischen Gesellschaft ist das eigentlich bedeutende Ereignis. Nun gewann auch die Weltöffentlichkeit Interesse an der Ukraine. Die Bilder vom Platz der Unabhängigkeit gingen um die Welt: Viktor Juschtschenko, das

Gesicht von der Vergiftung entstellt, den orangenen Schal um den Hals, an seiner Seite die jugendlich strahlende *Julia Timoschenko* in der Pose einer Volkstribunin. Die bei bitterer Kälte auf dem in eine Zeltstadt verwandelten Platz über einen Monat ausharrenden, friedlich und fröhlich demonstrierenden Menschen erregten weltweite Bewunderung. Erinnerungen an ähnliche Vorgänge wurden wach – an die polnische *Solidarność* der achtziger Jahre, an die Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 in der DDR, an den von Vaclav Havel angeführten Massenprotest auf dem Wenzelsplatz in Prag, an die die drei baltischen Länder verbindende Menschenkette. Wie jene das Ende der kommunistischen Systeme einleitenden Erhebungen, so war auch der Aufstand der Massen in Kiew nicht nur politisch, sondern auch moralisch bedingt. Der Protest gegen die Wahlfälschung wurde zu einem Zeichen, daß man nicht weiter gewillt war, unter einem System der Lüge zu leben. Journalisten, die bislang den «von oben» täglich, manchmal stündlich erteilten Instruktionen gefolgt waren und damit die Wahrheit verraten hatten, legten ihre Ängste ab. Für sie wurde ihr ermordeter Kollege Georgij Gongadze zu einem verpflichtenden Symbol. Er sollte nicht umsonst gestorben sein. Sein Zeugnis wurde nun auch das ihre: Ohne freie Berichterstattung keine Demokratie!

Die Moralität dieser Massenbewegung ermöglichte auch den Kirchen die Beteiligung an der orangenen Revolution. Die beiden vom Moskauer Patriarchat unabhängigen orthodoxen Kirchen, unierte und römische Katholiken, Protestanten und Baptisten riefen gemeinsam zum Gebet um den Sieg der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Einheit des Landes auf. Ein moralischer Appell, der in der konkreten Situation einer Unterstützung von Juschtschenko gleichkam und denn auch von russisch-orthodoxer Seite als politische Einmischung kritisiert wurde.

#### Die Vermittlerrolle von Präsident Kwaśniewski

Politisch gesehen erschien die Lage ausweglos: auf der einen Seite der von der Ostukraine unterstützte, sich als rechtmäßig gewählter Präsident verstehende Janukowitsch, auf der andern Seite der um seinen Wahlsieg betrogene Anführer der orangenen Revolution. Um der Gefahr einer drohenden Eskalation zuvorzukommen, war Eile geboten. Schließlich verfügte die «gelenkte Demokratie» noch über einen letzten Trumpf – den Einsatz bewaffneter Kräfte. Gerüchte über entsprechende Vorbereitungen kursierten bereits. Offenbar befürchteten sowohl der durch einen Sanatoriumsaufenthalt an seiner Amtsausübung behinderte Noch-Präsident Kutschma als auch Juschtschenko, daß die Lage außer Kontrolle geraten könnte. Jedenfalls wandten sich beide am 23. November, also bereits am ersten Tag der Massenproteste, an den polnischen Präsidenten *Aleksander Kwaśniewski* und baten ihn um Vermittlung.<sup>2</sup>

Mit der Annahme dieses Angebots ging Kwaśniewski ein beträchtliches Risiko ein. Er konnte schließlich nicht sicher sein, daß seine Mission erfolgreich sein würde. Ein Scheitern hätte auch ihn politisch beschädigt. Zudem machte bei aller mit der Vermittlerrolle verbundenen Neutralität sein Engagement nur Sinn, wenn dem Vorwurf der Wahlfälschung ernstlich nachgegangen wurde, was in der Sache die Position von Juschtschenko stärken mußte. Damit aber riskierte er eine Verschlechterung der ohnehin delikaten Beziehungen zu Moskau, zumal *Vladimir Putin* bereits Janukowitsch zu seinem Wahlsieg gratuliert hatte. Zudem konnte der polnische Präsident auf dem Hintergrund historischer Belastungen leicht in den Verdacht geraten, eine «Polonisierung» der Ukraine anzustreben. Andererseits gab es kaum einen anderen Politiker, der zur Wahrnehmung einer Vermittlerrolle geeigneter gewesen wäre. Nun zahlte sich seine in zwei Amtsperioden konsequent verfolgte proukrainische Politik aus. Kwaśniewski stand mit allen führenden Politikern des Regierungslagers wie

<sup>2</sup> Über seine Vermittlerrolle hat Präsident Kwaśniewski in zwei ausführlichen Interviews Auskunft gegeben. Auf sie berufe ich mich im folgenden. Vgl. *Polityka* v. 18. Dezember 2004 sowie *Tygodnik Powszechny* v. 16. Januar 2005.

der Opposition in jahrelangem persönlichem Kontakt. Innerhalb der Europäischen Union galt er als steter Fürsprecher der Ukraine (und war dadurch manchem mit seiner Penetranz auf die Nerven gegangen). Aber seine Kompetenz in Fragen der Ukraine war unter seinen westlichen Kollegen unbestritten.

Aleksander Kwaśniewski erkannte auf Anhieb, daß die innergesellschaftlichen Vorgänge in der Ukraine europäische Auswirkungen haben würden. Was lag da näher, als sie zu «europäisieren»? Also nahm er mit *Javier Solana*, dem Außenbeauftragten der EU, Kontakt auf. Dieser bat ihn, den wichtigsten Staatsmännern der Union die Situation zu verdeutlichen. Polens Präsident telefonierte u.a. mit dem damaligen Ratsvorsitzenden, dem holländischen Premier *Jan Peter Blakenende*, mit *Jacques Chirac*, der ihm «viel Erfolg wünschte», mit Kanzler *Gerhard Schröder*, den er ersuchte, seine guten Kontakte zu Putin zu nutzen, um diesen zu einer elastischeren Haltung zu bewegen – worauf Schröder zunächst reichlich kühl reagiert habe. Auch Präsident *George W. Bush* sagte Kwaśniewski seine Unterstützung zu.

Gemeinsam mit Solana nahm Kwaśniewski am 26. November, einen Tag nach dem EU-Gipfel mit Putin in Den Haag, in Kiew die Gespräche auf. Beide verfolgten drei Ziele: eine Überprüfung des Wahlergebnisses, Enthaltung von jeglicher Gewalt sowie einen politischen, öffentlich zu führenden Dialog als Ausweg aus der Krise. Es gab drei höchst schwierige Gesprächsrunden. Schon die erste war von der Information überschattet, 40000 Bergleute seien dabei, aus dem Donbecken nach Kiew aufzubrechen, um dem «Spuk» auf dem Platz der Unabhängigkeit ein Ende zu bereiten. Dies hätte das Scheitern der Mission bedeutet, bevor sie recht eigentlich begonnen hatte. Doch dank seiner persönlichen Bekanntschaft mit dem Chef des Stabes von Janukowitsch gelang es Kwaśniewski, den Marsch auf Kiew zu stoppen.

Die Fronten waren verhärtet: Kutschma machte die USA für die politische Krise verantwortlich. Putins Abgesandter, der frühere Innenminister Boris Gryzlow, sah in den Demonstrationen eine so schnell wie möglich zu beendende Provokation und bestand darauf, den Ausgang der Wahlen anzuerkennen. Es bedurfte einer ziemlichen Überzeugungsarbeit, um Juschtschenko dazu zu bewegen, sich mit Janukowitsch an einen Tisch zu setzen. Der wiederum hielt sich für rechtmäßig gewählt und bot Juschtschenko als Kompromiß das Amt des Ministerpräsidenten unter seiner Präsidentschaft an, was dieser selbstverständlich ablehnte. Dann beging Janukowitsch einen für ihn verhängnisvollen Fehler: Als Juschtschenko von rund 700 Wahlfälschungen in der Ostukraine sprach, konterte Janukowitsch mit der Behauptung, im Westteil des Landes habe es zehn mal so viel gegeben. Damit waren auch nach seiner Aussage die Wahlen gefälscht worden. Also konnte er sich gegen eine Wiederholung der Stichwahl kaum mehr sperren, zumal er ja – so Kwaśniewskis Argument – eine Wahlniederlage nicht zu befürchten habe, wenn in diesem Ausmaß die Wahlen zu Gunsten von Juschtschenko gefälscht worden seien und er dabei noch eine Million Stimmen mehr als sein Konkurrent habe verbuchen können. Am Ende einigte man sich darauf, das Oberste Gericht solle über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlen befinden und das weitere *Procedere* beschließen. Entscheidend war hier Kwaśniewskis Vorschlag, nicht hinter verschlossenen Türen, sondern öffentlich im Fernsehen zu beraten. Damit war ein Tabu gebrochen, denn – wie Kwaśniewski in dem der *Polityka* erteilten Interview erklärte – «Demonstrationen im Fernsehen sind eine Sache, eine andere, zu zeigen, daß eine der wichtigen Institutionen eines demokratischen Staates demokratisch, bei offenem Vorhang, agiert.» Es kam, wie es kommen sollte: Das Oberste Gericht erklärte die Stichwahl für ungültig und bestimmte den 26. Dezember zum Tag der Wahlwiederholung.

#### Wahlkampf im Zeichen eines Glaubenskrieges

Die letzten Wochen des Wahlkampfes verliefen friedlich und doch voller Dramatik. Die Zelte auf dem Platz der Unabhängigkeit wurden nicht abgebrochen, die Manifestationen bei strengem Frost hielten an. Immer mehr junge Ausländer, zumal aus dem

benachbarten Polen, strömten zur Unterstützung der orangenen Revolution nach Kiew. Zu den ukrainischen gesellten sich polnische Fahnen. Rufe erschallten «Polen! Polen. Wir sind Brüder.» Jede Erinnerung an die belastete Vergangenheit schien verfliegen. Aber auch russische Fahnen waren vereinzelt zu sehen, und auf einem Transparent stand zu lesen: «Heute Kiew, morgen Minsk, übermorgen Moskau.» Die orangene Revolution – ein über die Grenze drängendes Fanal?

Nach dem faktisch auf eine Unterstützung von Juschtschenko hinauslaufenden Gebetsaufruf der nicht dem Moskauer Patriarchat unterstehenden Kirchen war Janukowitsch bestrebt, die russisch-orthodoxen Gläubigen als die weitaus größte religiöse Gruppierung des Landes für sich zu mobilisieren. Es kursierte ein Aufruf, in dem es u.a. heißt: «Wir wissen aus der Geschichte, daß Fürst Wladimir der Große<sup>3</sup> das Angebot der Taufe nach römischem Ritus zurückgewiesen hat. Heute zwingen uns die orangenen Abgesandten in unserem orthodoxen Land eine aus dem Mittelalter stammende Sittenlosigkeit und geistige Leere auf. Ihre Idole sind homosexuelle Ehen, Pornographie, vom Satanskult inspirierte Musikfestivals.»<sup>4</sup> Mit derlei absurden Behauptungen sollten alle, die den politischen Gegner unterstützten – einschließlich der übrigen Kirchen – als verderbliche Feinde der ukrainischen Nation bloßgestellt werden. Die Wähler sollten wissen, daß der einzige Garant gegen diese Bedrohung der dem russisch-orthodoxen Glauben treu ergebene Janukowitsch ist. Als solcher präsentierte er sich denn auch in dem Fernsehduell mit Juschtschenko, indem er sich darauf berief, für seine Kandidatur den Segen der Mönche vom Berge Athos empfangen zu haben. Das Oberhaupt der unierten Ukrainer, Kardinal Lubomir Husar, kommentierte diesen die Religion politisch instrumentalisierenden Fernsehauftritt mit der Frage: «Wenn einer der Kandidaten so stark seinen orthodoxen Glauben unterstreicht, wie sollen wir uns dann fühlen, wir alle anderen Bürger der Ukraine?»<sup>5</sup> Genutzt hat dieser «Glaubenskrieg» Janukowitsch nicht. Wenn die orangene Revolution überhaupt die religiöse Szene in der Ukraine verändert haben sollte, dann wohl in Richtung eines engeren Zusammenrückens der bislang untereinander zerstrittenen nicht russisch-orthodoxen Kirchen sowie durch eine weitere Vertiefung der Kluft zwischen ihnen und den dem Moskauer Patriarchat unterstehenden Orthodoxen.

Unter den Augen zahlreicher – auch westlicher – Beobachter verlief die Wahl am 26. Dezember 2004 ruhig und fair. Aus ihnen ging erwartungsgemäß Juschtschenko als Sieger hervor. Allerdings konnte Janukowitsch immerhin 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Zwölf Millionen zumeist im Osten und Südosten des Landes ansässige Ukrainer haben ihn gewählt. Während in der Westukraine zwischen 80 und 90 Prozent der Wähler Juschtschenko ihre Stimme gaben, waren es im Donbecken lediglich 10 Prozent. Diese Zahlen spiegeln die Spaltung des Landes. Diesmal war es Janukowitsch, der wegen angeblicher Wahlfälschungen gegen das Ergebnis Einspruch erhob, damit aber nur die Verteidigung seines Konkurrenten verzögern, nicht aber verhindern konnte. Sie fand in feierlicher Form am 23. Januar 2005 statt. Die Hand auf der Bibel und ohne den orangenen Schal sprach Juschtschenko als Präsident aller Ukrainer die Eidesformel.

### Hoffnung auf eine neue Ukraine

Inzwischen erinnert auf dem Platz der Unabhängigkeit nichts mehr an die wochenlangen Manifestationen. Die Menschen sind in ihren Alltag zurückgekehrt. Doch mit hohen Erwartungen an den neuen Präsidenten, vielleicht mit zu hohen. Juschtschenko hat kein leichtes Amt übernommen. Das Erbe verlorener Jahre

<sup>3</sup> Aufgrund der Verbindung mit der byzantinischen Prinzessin Anna empfangen der Kiewer Großfürst 989 nach östlichem Ritus die Taufe. Sowohl Ukrainer als auch Russen sehen in diesem Ereignis die Grundlegung ihrer Staatswerdung.

<sup>4</sup> Adam Szostkiewicz, Ikona z Wiktorem (Ikone mit Viktor), Polityka v. 5. Februar 2005, 45.

<sup>5</sup> Ebd., 46.

Aloys Goergen

## Glaubensästhetik

Aufsätze zu Glaube, Liturgie und Kunst

Herausgegeben und mit einer Einführung versehen von Albert Gerhards und Heinz Robert Schlette  
Ästhetik – Theologie – Liturgik, Bd. 34  
ISBN 3-8258-8385-X; 136 Seiten; 14,90 Euro, br.

*Der Band enthält mehrere Beiträge zu Romano Guardinis Kultur- und Bildungsbegriff und dessen Wirkungsgeschichte, sowie ästhetisch-theologische Einzelinterpretationen zu Malerei, Architektur und Plastik. Ergänzt wird er durch eine Kurzbiographie von Aloys Goergen.*

LIT Verlag, Greverer Str./Fresnotstr. 2; D-48159 Münster/Westf.; Tel 0251/235091; Fax 0251/231972

wiegt schwer. Es wird schwierig werden, die «gelenkte Demokratie» in einen funktionierenden Rechtsstaat zu überführen, die Spaltung des Landes zu heilen, die unheilvolle Symbiose zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht zu entflechten, den Oligarchen Grenzen zu ziehen, die allgegenwärtige Korruption zu bekämpfen, die Staatsfinanzen zu sanieren, zur Belebung der Wirtschaft Investoren ins Land zu holen und ihnen Rechtssicherheit zu bieten. Zur Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse wird es vor allem notwendig sein, die unter der Schirmherrschaft des alten Systems begangenen und bislang vertuschten Verbrechen aufzudecken und die Schuldigen zu bestrafen. Von großer symbolhafter Wirkung dürfte hier die bereits erfolgte Verhaftung der Mörder des vor vier Jahren grausam umgebrachten systemkritischen Journalisten Georgij Gongadze sein sowie die Entschlossenheit der neuen Regierung, auch ihre Hintermänner vor Gericht zu stellen.

Die Liste der zur Lösung anstehenden innenpolitischen Probleme ist lang. Aber es gibt auch positive Entwicklungen, an denen die neue Regierung anknüpfen kann. So hat das ukrainische Parlament in den vergangenen zwei Jahren einige wirtschaftspolitisch wichtige Steuergesetze verabschiedet, an deren konsequenter Umsetzung es jedoch bislang mangelt. Zudem gelang es, durch einen stabilen Wechselkurs die Inflation zu dämpfen. Auch kam es zu einem Anstieg der Auslandsinvestitionen, die der Wirtschaft zusätzliche Wachstumsimpulse verleihen. Die neue Regierung dürfte alles daran setzen, diesen Trend zu verstärken, auch um möglichst bald das von der Ukraine seit langem angestrebte Ziel einer Aufnahme in die Welthandelsorganisation zu erreichen.

Es wird viel davon abhängen, wie stark und stabil sich die aus der orangenen Revolution hervorgegangene Regierungskoalition erweisen wird. Seine als «Eiserne Lady» bekannte enge Mitstreiterin Julia Timoschenko hat Juschtschenko noch vor seiner Moskaureise als seine Kandidatin für das Amt des Premiers vorgeschlagen. Im Kreml dürfte dieser Schritt als Provokation empfunden worden sein, wird doch die «schöne Julia» in Rußland steckbrieflich gesucht. Sie steht unter Verdacht, im Ölgeschäft mit Rußland unrechtmäßig Millionengewinne eingesteckt zu haben. Einige in die Affäre verwickelte russische Generäle sitzen bereits hinter Gittern. Auch soll sie seinerzeit dem korrupten ukrainischen Ministerpräsidenten Pavlo Lazarenko zur Flucht in die USA verholfen haben. Der sitzt dort wegen Geldwäsche im Gefängnis. All das liegt zwar Jahre zurück, hängt ihr aber bis heute an. Seit 1998 hat sie sich immerhin an derlei dunklen Geschäften und Machenschaften nicht mehr beteiligt, sondern sich ganz der Politik zugewandt. In der kurzen Regierungszeit von Juschtschenko war sie seine Stellvertreterin. Als für den Energie-sektors zuständige Ministerin hat sie sich durch ihr entschiedenes Vorgehen gegen die Oligarchen einen Namen und einflußreiche Feinde gemacht. Als sie – ebenso wie Juschtschenko – 2001 von Kutschma ihrer Funktionen enthoben wurde, trat sie dem oppositionellen Forum «Nationale Rettung» bei und unterstützte das

aufgrund von Kutschmas Verwicklungen in den Mord an Georgij Gongadze gebildete Aktionsbündnis «Ukraine ohne Kutschma». Als Julia Timoschenko dem System mit ihren Aktivitäten zu gefährlich wurde, ging die Regierung gegen sie strafrechtlich vor. Sie wurde unter dem Vorwand unlauterer Geschäftspraktiken verhaftet und mußte für zwei Monate ihre luxuriöse Villa gegen eine triste Gefängniszelle eintauschen. Doch diese Haftzeit verhalf ihr zur Aureole einer Volksheldin.

Auf dem Platz der Unabhängigkeit war vor allem sie es gewesen, die mit Charme und Charisma die Massen zu begeistern wußte. Sie war es auch, die am dritten Tag der Proteste den Marsch zum Amtssitz des Präsidenten initiierte und anführte. Niemand aus der Umgebung von Juschtschenko äußerte sich ähnlich radikal wie sie. Unter dem Beifall der Menge forderte sie Kutschmas Bestrafung; ihm werde es nicht gelingen, sich «wie eine Ratte der politischen Verantwortung zu entziehen».<sup>6</sup>

Ob sich Julia Timoschenko als Regierungschefin mit derart radikalen Forderungen durchsetzen wird, erscheint eher fraglich. Der Sieg der orangenen Revolution wurde letztendlich nicht auf der Straße, sondern durch Vermittlung am Verhandlungstisch errungen – in ihren Augen ein Makel. Kompromisse wird man auch künftig im eigenen Lager wie bei der Durchsetzung der Reformen eingehen müssen. Präsident Juschtschenko wird sehr viel Vertrauen und taktisches Geschick benötigen, um seine Koalition zusammenzuhalten, zu der so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Julia Timoschenko, Oleksander Moros, Chef der Sozialisten, sowie der Zuckerbaron und Multimillionär Petro Poroschenko zählen.

#### Nächste Parlamentswahlen als Bewährungsprobe

Viel Zeit bleibt der neuen politischen Equipe nicht. 2006 sind Parlamentswahlen. Bis dahin müssen die dringendsten Aufgaben erledigt sein. Dazu zählen in erster Linie Verfassungsänderungen, die eine wirkliche Gewaltenteilung garantieren: Einschränkung der Befugnisse des Präsidenten, eine Stärkung der Regierung, klare Regeln für das Parlament als Gesetzgebungs- und Kontrollinstanz. Im Kampf gegen die Korruption wie auch um die Entflechtung der wirtschaftlichen von der politischen Macht muß die Regierung zumindest erste Erfolge erzielen. Und sie darf die Erwartungen der Massen nicht enttäuschen, die sich Rechtssicherheit und eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erhoffen. Innen- wie außenpolitisch muß die Regierung klare Konturen gewinnen und ihre Ziele so vermitteln, daß die von ihr eingeleitete Politik über 2006 hinaus mehrheitsfähig bleibt. Nur wenn dies gelingt, besteht die Chance, daß die orangene Revolution den Beginn einer neuen Ära markiert. Doch die Zeichen, daß dieses gelingt, stehen günstig. Ein erster Test für die Stabilität der neuen politischen Landschaft wurde erfolgreich bestanden. Das Parlament bestätigte Julia Timoschenko als Ministerpräsidentin. Von den 450 Parlamentsabgeordneten stimmten 373 für sie. Diese überraschend deutliche Mehrheit dürfe es ihr erleichtern, die von der orangenen Revolution vorgegebenen Ziele umzusetzen. Wie ernst es ihr damit ist, stellte sie bereits in der ersten Sitzung ihrer aus Juschtschenkos engsten, relativ jungen, politisch unbelasteten und fachlich kompetenten Mitarbeitern zusammengesetzten Regierung unter Beweis: Die Regierung annullierte die Privatisierung eines Stahlkombinats, das im Frühsommer letzten Jahres einem von Kutschmas Schwiegersohn geschaffenen Konsortium zum halben Wert zugesprochen worden war. Dennoch wäre es falsch, sich des Erfolges schon sicher zu fühlen. Die bei den Präsidentschaftswahlen unterlegenen Kräfte werden nicht untätig bleiben, sondern alles daran setzen, die Scharte auszuwetzen. In ihrem Bemühen, 2006 die Parlamentswahlen für sich zu entscheiden, werden sie in Moskau Unterstützung finden, zumal Putin den Sieg von Juschtschenko als persönliche Niederlage empfinden dürfte.

<sup>6</sup> Jasenka Wilczak, *Biała dama, czarna dama* (Weiße Dame, schwarze Dame), *Polityka* v. 18. Dezember 2004, 51.

#### Reaktionen Rußlands

Die orangene Revolution ist keine rein ukrainische Angelegenheit; sie hat außenpolitische Auswirkungen, tangiert sie doch das Verhältnis zu Rußland sowie zur europäischen Union und nicht zuletzt auch die Beziehungen zwischen der EU und Moskau.

Wie immer sich die politische Lage in der Ukraine entwickeln wird, Rußland bleibt im Guten wie im Schlechten ihr wichtigster Nachbar. An dieser geopolitischen und historischen Gegebenheit ändert auch die jüngste Präsidentschaftswahl nichts. Und Juschtschenko hat dem Rechnung getragen, indem ihn seine erste Auslandsreise nach Moskau führte, wenngleich er sehr wohl wußte, daß man ihn dort nicht gerade mit offenen Armen empfangen würde.

Die Tatsache, daß die ukrainisch-russischen Beziehungen für beide Seiten einen hohen Rang besitzen, besagt noch nichts über die Art ihrer Ausgestaltung. Hier stoßen zwei gegensätzliche Konzeptionen aufeinander. Während es das erklärte Ziel von Juschtschenko ist, Unabhängigkeit und Westorientierung der Ukraine mit guten Beziehungen zu Rußland zu vereinbaren, möchte Putin jede Annäherung der Ukraine an die EU verhindern und das Land im Rahmen einer gemeinsamen Wirtschaftszone unter Kontrolle halten. Schließlich hat er Janukowitsch gerade deswegen unterstützt, um seinen Plan eines Weißrußland, Kasachstan und die Ukraine umfassenden gemeinsamen Wirtschaftsraums zu verwirklichen. Dieser Plan ist vorerst durch die orangene Revolution gescheitert. Daß sich Putin damit einfach abfinden wird, scheint unwahrscheinlich. Er dürfte darauf hinarbeiten, daß die orangene Revolution in der Geschichte der ukrainisch-russischen Beziehungen eine unliebsame Episode bleibt und nicht zu einem entscheidenden politischen Wendepunkt wird. Der Plan war schon zu weit gediehen, um ihn nun sang- und klanglos aufzugeben. Unmittelbar vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen erhielt die von russischen Energielieferungen abhängige Ukraine das Angebot einer Freihandelszone, mit deren Einführung sich die Einfuhr von Erdgas und Öl stark verbilligen würde. Damit verbunden war allerdings die Auflage, dem Bau einer Pipeline von Brody zum Schwarzmeerhafen Odessa zuzustimmen. Ein geschickter russischer Schachzug, denn damit würde der seit langem von westlichen Staaten erwogene Plan des Baus einer Pipeline durchkreuzt, die in die Gegenrichtung verlaufen sollte, um den Öltransport von den Feldern um Baku zu verkürzen und eine – auch für die Ukraine strategisch vorteilhafte – größere Unabhängigkeit vom russischen Öl zu gewinnen.

Für Moskau steht somit viel auf dem Spiel. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bot das ukrainische System «gelentker Demokratie» immer noch reichlich Möglichkeiten der Einflußnahme und Einschränkung der Unabhängigkeit des Landes. Ohnehin fällt es vielen Russen schwer, sich eine dauerhaft unabhängige, sich dem Willen Moskaus entziehende Ukraine vorzustellen. Sie sehen in ihr nichts weiter als «Kleinrußland». Sie halten die ukrainische Sprache lediglich für einen russischen Dialekt und sehen in den rund sieben Millionen in der Ukraine lebenden Russen einen Beweis enger Zugehörigkeit zu Rußland. Zumal der hohe russische Bevölkerungsanteil in der Ostukraine könnte Putin dazu bewegen, auf ihre Autonomie hinzuwirken. Um die Einheit des ohnehin durch die Präsidentschaftswahl stark polarisierten Landes zu erhalten, wird sich die neue Regierung möglicherweise zu Kompromissen genötigt sehen. Statt offensiv zu reagieren, könnte sie in die Defensive geraten. Das weitere Schicksal der orangenen Revolution, die ihren Ausgang in der Westukraine genommen hat, wird sich möglicherweise in der Ostukraine entscheiden. Es gilt daher, die dort lebenden Menschen, die mit überwältigender Mehrheit Janukowitsch ihre Stimme gaben, für die Ziele der orangenen Revolution zu gewinnen, ihnen die eingeflößten Ängste vor einer Westorientierung des Landes zu nehmen. Und diese sind ja nicht gänzlich unbegründet. Die Beispiele der inzwischen zur Europäischen Union gehörenden postsozialistischen Staaten zeigen nur zu deutlich die sozialen Kosten der Transformationsprozesse. Die Wahrschein-



lichkeit ist groß, daß vor allem die Bergarbeiter in der Ostukraine bei einem Abbau der Subventionen und mit Einführung der Marktwirtschaft ihre Arbeit verlieren. Noch ist nicht erkennbar, welches wirtschaftliche Konzept die neue politische Elite um Juschtschenko vertritt. Sie hat sich zwar grundsätzlich für die Marktwirtschaft ausgesprochen, ist aber gut beraten, dabei behutsam vorzugehen. Nur wenn die in der Ostukraine lebenden Menschen eine Verbesserung und nicht eine Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse erfahren, wird man sie gegenüber ihrer bisherigen starken Bindung an Rußland von einer vorteilhafteren Alternative überzeugen können.

Dabei muß Juschtschenko alles vermeiden, was ihn in den Geruch einer antirussischen Haltung bringen könnte. In Moskau wird man mit Argusaugen über die Rechte der russischen Minderheit wachen. Die neue Regierung muß glaubwürdig unter Beweis stellen, daß es für sie – entgegen den Befürchtungen der Janukowitsch-Wähler – in der Ukraine kein Sprachenproblem gibt, daß es ohne nationale Bedeutung ist, ob einer ukrainisch oder russisch spricht oder – was häufig der Fall ist – sich beider Sprachen bedient. Im Gegensatz zu Kutschma, der mit seinem zwischen Rußland und dem Westen schwankenden Kurs gescheitert ist, hat Juschtschenko die Chance, sich bei einer klar westlich orientierten Politik dennoch als ein verlässlicher Partner Rußlands zu erweisen. Schließlich kann auch Rußland im Falle eines wirtschaftlichen Aufschwungs in der Ukraine von einem Ausbau der Handelsbeziehungen profitieren. Auch bleibt die Ukraine für Rußland wichtigstes Transitland seiner Pipelines. Diese dürften alle Male bei friedlicher Nachbarschaft und vertrauensvoller Zusammenarbeit besser gesichert sein als in einer permanenten Konfliktsituation. Wie sich die ukrainisch-russischen Beziehungen künftig gestalten werden, wird entscheidend vom Ausgang der Parlamentswahlen im kommenden Jahr abhängen. Sollte die von Julia Timoschenko geführte Regierung aus ihnen als Sieger hervorgehen, könnte möglicherweise in Moskau die realpolitische Einsicht die Oberhand gewinnen und sich Putin vielleicht mit der Führung in der Ukraine arrangieren.

#### **Aussichten auf eine EU-Mitgliedschaft?**

Die ukrainisch-russischen Beziehungen hängen entscheidend davon ab, ob die Europäische Union der Ukraine die Tür für eine Aufnahme öffnet oder weiterhin verschlossen hält. Es sei daran erinnert, daß auch Kutschma seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit mit der Hoffnung auf eine Annäherung an die EU verbunden hatte, mit diesem Wunsch indes in Brüssel auf taube Ohren stieß. Immerhin gab es unter seiner Präsidentschaft bis zum Frühjahr 2004 einen für die Integration in die EU zuständigen Vizeminister. Doch nachdem Romano Prodi anläßlich der Erweiterung der Gemeinschaft vom 1. Mai 2004 erklärt hatte, die Ukraine habe keinerlei Chance auf eine Mitgliedschaft, und die Kommission die Grundlagen ihrer künftigen Nachbarschaftspolitik verkündete, legte dieser demonstrativ sein Amt nieder. Die Ukraine sah sich durch die Brüsseler Entscheidung ein für alle Male von der EU ausgeschlossen. Sie empfand es als brüskierend, sich im Rahmen der EU-Strategie in eine Reihe mit den nordafrikanischen Staaten gestellt zu sehen. Für sie war der Aktionsplan der Gemeinschaft, der ihren Nachbarstaaten bei Wahrung demokratischer Standards, Achtung der Menschenrechte, Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terrorismus und Einhaltung der Prinzipien friedlicher Konfliktlösung ab 2007 wirtschaftliche und technologische Hilfe sowie in ferner Zukunft eine Freihandelszone in Aussicht stellte, kein akzeptabler Ersatz für eine EU-Mitgliedschaft. Hier hatte, so empfand man in Kiew, Rußland mit seinem den Import russischer Energielieferungen erheblich verbilligenden Angebot mehr zu bieten. Sicher, die Ausgangslage war vor Monaten eine andere und die Ukraine weit davon entfernt, auch nur die mit dem Aktionsplan verbundenen Auflagen zu erfüllen. Doch durch die orangene Revolution hat sich die Lage grundlegend gewandelt. Wie steht es nun um die Möglichkeit, daß Brüssel seine bisherige Ukrainepolitik überprüft?

Es dauerte einige Zeit, ehe man in der Europäischen Union überhaupt von der Situation in der Ukraine Notiz nahm und bereit war, den Meldungen von Wahlfälschungen nachzugehen. Ein erstes, noch mit deutlicher Zurückhaltung aufgenommenes Alarmsignal gaben vor dem Europäischen Parlament zwei auf polnische Vermittlung eingeladene ukrainische Oppositionelle am 18. November 2004. Auch der Bericht des polnischen Vorsitzenden der vom Europaparlament entsandten Beobachtergruppe am Tag nach der Stichwahl fand vor fast leeren Bänken statt. Nur langsam wuchs in Straßburg und Brüssel das Interesse an der Ukraine. Den Durchbruch erzielten dann die aus Kiew zurückgekehrten prominenten polnischen EU-Abgeordneten *Jerzy Buzek* und *Bronisław Geremek*. Sie belegten nicht nur die zahlreichen Wahlfälschungen, sondern sprachen auch «von der Hoffnung der Ukrainer auf Unterstützung, von Annäherung an Europa, von Solidarität – und öffneten damit vielen Abgeordneten die Augen».<sup>7</sup> Die ukrainische Frage erhielt mit einem Male das ihr zukommende Gewicht und wurde auf Ersuchen der polnischen Abgeordneten auf einer Sondersitzung des Parlaments behandelt. Die Debatte förderte die Entschlossenheit, tätig zu werden, wenn – wie in der Ukraine – in einem Nachbarland der EU demokratische Grundrechte mißachtet werden und die Menschen zur Verteidigung von Freiheit und Recht in Scharen auf die Straße gehen. So trug auch das Europaparlament dazu bei, daß sich Solana als Außenbeauftragter der EU zu einer Vermittlungsmission bereit erklärte.

Nach dem Erfolg dieser Mission wandte man sich in Straßburg und Brüssel wieder den eigenen Problemen zu. Es wurde erneut still um die ukrainische Frage. Schließlich steht sie nicht auf der Brüsseler Agenda. Etwaige Konsequenzen aus der orangenen Revolution wird man wohl frühestens im kommenden Jahr nach den Parlamentswahlen ziehen. Dann wird sich erweisen, ob die eingeleitete Entwicklung stabil und dauerhaft ist. Daß frühestens dann mit einer eventuellen neuen Weichenstellung in Brüssel zu rechnen ist, weiß auch Juschtschenko. Er ist bei seinem Straßburgbesuch bald nach seiner Wahl nicht gleich mit der Tür ins Haus gefallen, sondern hat sehr bewußt als ersten Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union für ein Assoziierungsabkommen im Jahr 2007 geworben. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht Juschtschenko neben der Unterstützung durch Polen und andere mitteleuropäische EU-Mitgliedstaaten auch Fürsprecher im sogenannten Kerneuropa. Es scheint, daß die Bundesrepublik bereit ist, diese Rolle zu übernehmen. Der Berlinbesuch des ukrainischen Präsidenten am 8. und 9. März 2005, seine Gespräche mit Bundeskanzler Schröder und der Opposition sowie seine ganz auf die Westoption seines Landes ausgerichtete und mit viel Beifall aufgenommene Rede vor dem Deutschen Bundestag könne bei aller Vorsicht als eine erste Weichenstellung künftiger Ostpolitik der EU gewertet werden.

Ein möglicher EU-Beitritt der Ukraine kann ohnehin nur ein weit gestecktes Ziel sein. Die Bedingungen dafür sind in Art. 57 der Verfassung geregelt. Danach steht die Union «allen europäischen Staaten offen». Voraussetzung ist die Beachtung der in Art. 2 aufgeführten demokratischen Grundwerte. Daß ihre Wahrung der erklärte Wille der Ukrainer ist, hat die orangene Revolution eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Doch die Manifestationen auf dem Platz der Unabhängigkeit garantieren noch nicht ihre Implementierung. Erst wenn die Grundwerte politisch umgesetzt sind und sich die ukrainische Gesellschaft «durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet» (Art. 2), wird die Ukraine einen Aufnahmeantrag stellen können. Wird dieser positiv entschieden, dann sind mit Unterstützung und unter der Kontrolle der EU in einem Marathon von vielen Jahren konkrete wirtschaftliche und rechtliche Auflagen zu erfüllen. Und selbst wenn die Ukraine ihren Verpflichtungen in allen Punkten nachkommt, dann hängt immer noch ihre Aufnahme von der Zustimmung aller Mitgliedstaaten

<sup>7</sup> Marek Orzechowski, Dni, króce wstrz sn ty Uni (Tage, welche die Union erschütterten), Tygodnik Powszechny v. 5. Dezember 2004, 11.

der Union ab. Etwaige verbindliche Zusagen kann daher die Ukraine bei aller Hochschätzung der orangenen Revolution von Brüssel nicht erwarten, wohl aber eine Ermutigung. Ein positives Signal wäre die Bekundung der Bereitschaft, 2007 mit der Ukraine über ein Assoziierungsabkommen zu verhandeln.

Doch unabhängig davon dürfte die ukrainische Frage auf Umwegen ziemlich bald wieder auf die europäische Bühne zurückkehren. Der Zufall wollte es, daß sich parallel zu den ukrainischen Ereignissen die Brüsseler Kommission im Dezember 2004 für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen hat. Diese Entscheidung ist innerhalb der Gemeinschaft umstritten. Ihre Gegner werden eine Blockadepolitik verfolgen und dabei die ungelöste ukrainische Frage als Argument zu nutzen wissen: Wie kann man der Türkei, die nur sehr eingeschränkt als ein europäisches Land gelten kann und deren islamische Kultur schwer mit der europäischen Identität zu harmonisieren ist, in die Union aufnehmen, die Ukraine aber, mit der uns ein gemeinsamer Wertekanon verbindet, außen vor lassen? Der EU stehen in dieser Frage harte Auseinandersetzungen bevor.

Bei all dem werden sich die USA und Rußland nicht mit einer bloßen Beobachterrolle zufriedengeben. Seit langem drängt die amerikanische Administration die Union, dem strategisch wichtigen NATO-Partner Türkei, der sich seit den sechziger Jahren um Aufnahme in die Gemeinschaft bemüht, diese nicht weiter zu verweigern. Wird Amerika, vielleicht in Absprache mit Rußland, um der Erreichung dieses Zieles willen, die Ukraine fallen lassen? Werden die USA und mit ihr die Europäische Union stillschweigend Putins Doktrin akzeptieren, nach der die Ukraine zur russischen Einflusssphäre zählt und daher weder Teil der NATO, noch Mitgliedstaat der EU werden kann? Oder wird Rußland nolens volens auf westlichen Druck hin das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes letztlich respektieren, auf dessen Wahrung der Westen schon aus Gründen der Selbstachtung und Glaubwürdigkeit bestehen muß? Welche Angebote können die USA, die Europäische Union und die Ukraine Rußland machen, um den Kreml in der ukrainischen Frage zu einer flexibleren Haltung zu bewegen? Die Diplomatie steht hier – Spannungen nicht ausgeschlossen – in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen.

*Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen*

## Geglückte Balance

Ein Versuch, Hilde Domin tiefer zu begreifen

«Ich setzte den Fuß in die Luft, und sie trug.» Wer darf heute solche Verse schreiben? Wie ist es nach den Abstürzen des 20. Jahrhunderts überhaupt möglich, derartige Höhenflüge zu wagen? Was bei anderen schnell wie eine peinliche Luftnummer wirken könnte, klingt bei Hilde Domin jedoch echt und überzeugend – denn jede Zeile ist durch ihr Leben gedeckt. Die Existenz Erfahrung der 1909 geborenen Dichterin, die im letzten Jahr ihren 95. Geburtstag feiern konnte, ist nämlich bis ins Mark hinein von Verfolgung, verlorenem Gleichgewicht, aber auch von Rettung und tragfähigem Vertrauen geprägt.

«Ich, H.D., bin erstaunlich jung. Ich kam erst 1951 auf die Welt. Weinend, wie jeder in diese Welt kommt. Es war nicht in Deutschland, obwohl Deutsch meine Muttersprache ist. Es wurde spanisch gesprochen, und der Garten vor dem Haus stand voller Kokospalmen (...) Meine Eltern waren tot, als ich auf die Welt kam. Meine Mutter war wenige Wochen zuvor gestorben.»<sup>1</sup> Es ist der Tod ihrer Mutter, der Hilde Domin an eine Grenze führt, sie in höchster seelischer Not nach etwas forschen läßt, das ihr nach allem Verlust unverlierbare Beheimatung zu geben vermag. Was nämlich Heimatlosigkeit bedeutet, beginnt die Tochter eines jüdischen Rechtsanwalts bereits 1932 zu begreifen, als sie ihr

Zuhause in Köln mit einem bedrohten Dasein in Italien vertauschen muß. Es wird ihr völlig klar, nachdem sie – im untersten Deck eines kleinen Dampfers via Kanada und Jamaika – schließlich in der Dominikanischen Republik gelandet ist. Nach ihrer Odyssee sucht die Verfolgte schließlich Zuflucht in einer Sphäre, der Krieg, Vernichtung und Tod nichts anhaben können: Auf die existentielle Herausforderung antwortet sie mit der «Heimkehr ins Wort».

### Das erste Gedicht

Hilde Domin nimmt Heimat in der Sprache. Es ist anrührend und aufschlußreich, was die angehende Lyrikerin über ihr erstes Gedicht berichtet: «Ich hatte mir nichts vorgenommen, es passierte, wie wenn einer überfahren wird. Oder wie Liebe. Man handelt nicht, es passiert. «Ich habe ein Gedicht geschrieben», sagte ich zu ihm (*scl.* ihrem Mann, dem Archäologen Erwin Walter Palm). Morgens vielleicht. Vielleicht Morgen. «Du schreibst keine Gedichte», sagte er mißbilligend. «Bis gestern», sagte ich vorsichtig. «Wie wenn die Katze plötzlich zu reden begänne», sagte er. «So leicht ist das also», sagte er empört, als er nach vielem Sträuben es sich angesehen hatte. «Wieso?» sagte ich. «Was ist leicht?» «Gedichte schieben», sagte er. «Du hast es nie getan. Es ist ein Gedicht.» Damit knallte er die Tür hinter sich zu. Als ich die Türe knallen hörte, wußte ich, daß es ein Gedicht war.»<sup>2</sup> Eine Frau, die ihren Mann bisher mit allen Kräften bei seiner wissenschaftlichen Arbeit unterstützt hat, indem sie seine Texte übersetzte, beginnt selbst zu schreiben. Plötzlich wie ein Naturereignis vollzieht sich mit ihr eine elementare Verwandlung. Von der Macht der Sprache überwältigt, erlebt Hilde Domin eine zweite Geburt: Sie wird zur Dichterin.

Was passiert da eigentlich? Mir scheint: Hilde Domin gelangt auf eine höhere Erkenntnisebene. Schon die Grundbedeutung von «Erkennen» verweist in verschiedenen indoeuropäischen Sprachen (im Griechischen ist «gignoskein» mit «gignomai»; im Lateinischen «cognoscere» mit «nasci»; im Angelsächsischen «kennid» mit «genitus» verwandt) auf einen uralten Zusammenhang; Erkennen ist gleichbedeutend mit «werden», «entstehen», «geboren werden». Erkennen in seiner Ur-Bedeutung ist also verbunden mit dem Umstand, daß etwas geschieht – eine existentielle Verwandlung stattfindet.

Darum ist es eine großartige Selbstcharakteristik, wenn Hilde Domin davon spricht: «Ich, H.D., bin erstaunlich jung.» Ihre Selbsterkenntnis spiegelt tatsächlich ein «Neu-geboren-Werden». Daß eine derartige Verwandlung auch tiefe Spuren hinterläßt, hat die Lyrikerin in einem ihrer schönsten Gedichte zu Wort gebracht, der «Bitte». Gleich in der ersten Strophe ist die Rede davon: Menschsein läßt sich nicht durch das sprichwörtliche dicke Fell bewahren. Wer nicht bereit ist, existentielle Schmerzen mit seinem Herzen, der personalen Mitte, zu «fühlen», sondern sich verpanzert, gerät schnell in Gefahr, seine Humanität einzubüßen. «Wir werden eingetaucht / und mit dem Wasser der Sintflut gewaschen, / wir werden durchnäßt / bis auf die Herzhaut.» Daß jedoch Verwundungen, die das Leben schlägt, zur Geschichte menschlichen Reifens gehören und schließlich zu einer Neugeburt führen können, spricht die Dichterin in ihrer Schluß-Bitte aus: «Und daß wir aus der Flut, / daß wir aus der Löwengrube und dem feurigen Ofen / immer versehrter und immer heiler / stets von neuem / zu uns selbst / entlassen werden.»

«Als Gregor Samsa eines Morgens aus unruhigem Träumen erwachte, fand er sich in seinem Bett zu einem ungeheuren Ungeziefer verwandelt. Er lag auf seinem panzerartig harten Rücken und sah, wenn er den Kopf ein wenig hob, seinen gewölbten, braunen von bogenförmigen Versteifungen geteilten Bauch, auf dessen Höhe sich die Bettkante, zum gänzlichen Niedergleiten bereit, kaum noch erhalten konnte. ... «Was ist mit mir geschehen?», dachte er.» Mit diesen verstörenden Sätzen beginnt Franz

<sup>1</sup>Hilde Domin, Von der Natur nicht vorgesehen. Autobiographisches. (Serie Piper, 90). München-Zürich 1974, 34.

<sup>2</sup>Hilde Domin, Gesammelte autobiographische Schriften. Fast ein Lebenslauf. München-Zürich 1992, 176.



Kafkas Erzählung «Die Verwandlung», die vom Schicksal eines Menschen berichtet, der im Käfig seiner eigenen Gefühlswelt eingeschlossen, keinen Ausweg findet. *Kafka* schildert – im Gegensatz zu Hilde Domin – eine ganz andere Art von Erkenntnis: Diese Verwandlung eröffnet keineswegs neue menschliche Möglichkeiten, sondern führt letztlich dazu, daß Gregor Samsa immer mehr verkümmert, zunehmend die Fähigkeit verliert, mit seiner Umwelt zu kommunizieren, ihn seine seelischen Verletzungen schließlich ganz zur Strecke bringen.

### Hilde Domin's Gedichte als Lebens- und Hoffnungsschule

Vor allem die Entwicklungspsychologie hat das Bewußtsein dafür geschärft, daß die eigene Aktivität des Ich, sein Tun und Machen, nicht zuerst das Menschliche am Menschen ist. Der Mensch wird nicht human durch das, was er kann und was er individuell vollbringt. Das Menschliche am Menschen wird vielmehr primär dadurch konstituiert, daß ihm sein Menschsein gegeben ist.

Das Kleinkind beginnt nicht aus eigenem Antrieb und Wollen – also nicht aus sich selbst heraus – zu lieben. Es liebt, weil es zuerst geliebt wurde. Das Kind erlebt: Die Eltern haben mich gewollt; sie haben mich gern; ich bin gewollt; ich werde geliebt. Diese Treue, die das Kind umgibt, ist die Quelle menschlichen Grundvertrauens. Vielleicht liegt gerade darin die Ursache dafür, daß die in 16 Sprachen übersetzte Autorin Domin so intensiv gelesen wird: Wer sich auf ihre Gedichte einläßt, begibt sich in eine Lebens- und Hoffnungsschule.

Gerade Kafkas Käfer-Geschichte macht auf dunkler Folie deutlich: Der Mensch ist angewiesen auf andere. Theologisch gesagt, ist er nicht selbstmächtiger Schöpfer, sondern Geschöpf. Das zeigt sich exemplarisch anhand von Sprache: Der Ursprung und das Wesen der Sprache liegen nicht in der Aktivität des Sprechenden; jeder Mensch ist zuerst Angesprochener. Hilde Domin fing erst spät an, dichterisch auf existentielle Herausforderungen zu antworten. Ihr Leben als Dichterin begann mit einem Schlag, einem Schicksalsschlag. Sie war in der Fremde; sie war eine Sterbende. «Wie ich, Hilde Domin, die Augen öffnete, die verweinten, in jenem Hause am Rande der Welt, wo der Pfeffer wächst und der Zucker und die Mangobäume, aber die Rose nur schwer, und Äpfel, Weizen, Birken gar nicht, ich verwaist und vertrieben, da stand ich auf und ging heim, in das Wort.»<sup>3</sup> Von da ab nannte sie sich nach der Insel Santo Domingo, auf der sie neu geboren wurde.

Die deutsche Literaturszene betrat die Schriftstellerin 1959 mit dem Band «Nur eine Rose als Stütze». In dem Gedicht, das ihrem Erstling den Titel gab, bewegt sich die Autorin hochartistisch, ja akrobatisch: «Ich richte mir ein Zimmer ein in der Luft / un-

ter den Akrobaten und Vögeln: / mein Bett auf dem Trapez des Gefühls / wie ein Nest im Wind / auf der äußersten Spitze des Zweigs.» Das lyrische Ich sieht sich – wie Akrobaten und Vögel – herausgefordert, sich in einem Element einzurichten, in dem es in besonderer Weise darauf ankommt, Gleichgewicht zu halten. Wer auf das bewegte Leben der Dichterin schaut, ahnt, wie schwer es ihr gefallen sein muß, im Wandel die eigene Mitte zu finden und als heimatlose Exilantin Verluste immer wieder neu zu verschmerzen. Wie unbehaust ihre Luftexistenz tatsächlich ist, bringt die letzte Strophe gesteigert zum Ausdruck: «Aber ich liege in Vogelfedern, hoch ins Leere gewiegt. / Mir schwindelt. Ich schlafe nicht ein. / Meine Hand / greift nach einem Halt und findet / nur eine Rose als Stütze.

Schwindel und Nicht-einschlafen-Können deuten darauf hin, daß hier von einem Leben die Rede ist, das um die Gefahr von Abstürzen weiß. Daß die suchende Hand nicht ins Leere greift, sondern Halt findet, verdichtet jene Erfahrung, die die aus Deutschland geflohene jüdische Autorin unverhofft machen konnte: Wo das eigene Ich jede Balance zu verlieren drohte, schenkte ihr die welterschließende Sprache, diese geheimnisvolle Rose, unerwartet Halt.

Hilde Domin sagt über ihr Schreiben: «In noch etwas bin ich ein Sonderfall: wenn alle es heute mit Kafka halten, der sagt, seine Taube sei heimgekehrt und habe «nichts Grünes» gefunden, so sehen meine Gedichte mit aufgerissenen Augen, wie abgefressen alle Wiesen sind, wie leer die Äste. Wie es überall hohl ist. Und vor Schrecken fliegen sie dann so weit und so hoch, daß sie irgendwo doch noch ein – ganz schön durchsichtiges – Blau oder Grün erwischen. Wie wir es in Wahrheit doch alle immer wieder tun, denn sonst leben wir nicht. Das Nur-Negative ist eine Attitüde. So ist es eine Tatsache, daß meine Gedichte zu den gelesenen gehören. In andern Worten, sie werden «gebraucht». Dabei ist ein Gedicht, glaube ich, kein Gebrauchsgegenstand wie andere, es nützt sich nicht ab. Vielmehr gehört es zu jenen magischen Gebrauchsgegenständen, die, wie der Körper der Liebenden, in der Anwendung erst richtig gedeihen. Oft empfinde ich daher meine Gedichte als stärker als mich, die ich – wie keine Pflanze und kein Tier in einer botanischen oder zoologischen Versuchsstation – gekreuzt und wieder gekreuzt bin. Außerhalb jeder Regel. Von der Natur nicht vorgesehen. Vielleicht durfte es mich nicht geben. Vielleicht gibt es mich nicht. Aber daß es meine Gedichte gibt, scheint außer Zweifel.»<sup>4</sup>

Wer die Jahrhundertdichterin liest, darf staunend miterleben, wie es dieser Artistin glückt, im schwindelerregenden Taumel des 20. Jahrhunderts Balance zu halten – in der Hand nur eine Rose als Stütze.

*Thomas Brose, Berlin*

<sup>3</sup>Hilde Domin, Von der Natur nicht vorgesehen (Anm. 1), 34.

<sup>4</sup>Ebd., 41.

## «Ein Fremdwort von zuhause»

Die unmögliche Lektion von Auschwitz für die christliche Theologie (*Erster Teil*)

Wer sich diesem Thema zuwendet, wird sich ihm womöglich in derselben Bewegung entziehen wollen. Die Unmöglichkeit einer Lektion zeigt sich subjektiv zuerst darin, daß man sich ihr entziehen möchte. Unmöglich ist eine Lektion, um deren Scheitern man schon im vorhinein weiß; sie wird nicht zu lernen sein.

### Auschwitz als Lektion?

Lernen: Aneignung von etwas Neuem, das Sichvertrautemachen von etwas Fremdem, das Handhabarmachen von etwas Nicht-beherrschtem. In diesem Sinn von Lernen werden wir mit dem «Erlernen» der Lektion, die Auschwitz für die christliche systematische Theologie darstellt, schon immer gescheitert sein. Gibt es aber nicht noch ein grundlegendes Verständnis von Lektion; das einer Lehre, welche «das Leben» selbst erteilt und die stets

ein Schicksalsschlag ist? So daß man von einer Person sagt, sie habe ihre Lektion erhalten? Ist Auschwitz in diesem Sinn eine Lektion? Ein Schlag, der uns trifft, getroffen hat?

Aber wie kann ich sagen, daß dieser Schlag uns trifft? Sind wir denn die Adressaten dessen gewesen, wofür der Ortsname Auschwitz steht? Wäre es nicht Leidensanmaßung, Leidensenteignung, so etwas zu behaupten? Zumal dieser Schlag doch gewissermaßen von uns her, von den Christen her, über die Jahrhunderte hinweg seine Stoßrichtung und seine Kraft erhalten hat. Soll man hier also besser nicht von einer Lektion sprechen, trägt dieses Wort nicht eine unverantwortliche Verkleinerung von Auschwitz?

Doch eine Verkleinerung hat schon angefangen, seitdem an Auschwitz gearbeitet wird, von innen, von Auschwitz selbst her, und von unterschiedlichen Orten außerhalb von Auschwitz her. Es ist von Anfang an an Auschwitz gebaut worden. Seit diesem

Anfang findet eine Verkleinerung von Auschwitz statt. Von diesem Anfang her findet das Scheitern vor der unmöglichen Lektion statt. «Bewältigungsversuche eines Überwältigten», so bezeichnet Jean Améry seine ersten Essays zu Auschwitz und gibt darin beidem einen Namen: der Arbeit an Auschwitz und ihrem Scheitern.<sup>1</sup>

Die Topographie der Arbeit an Auschwitz ist von Anfang an polyzentrisch. Die vielen Orte, von denen her gearbeitet wird, sind nicht aufeinander reduzierbar; sie sind kaum oder schwer aufeinander beziehbar: Die Opfer, die überlebt haben. Ihre Nachkommen. Die Deportation Entkommenen. Deren Nachkommen. Die Täter in den Lagern, die erkannt haben. Ihre Nachkommen. Die Täter, die nicht erkannt haben. Ihre Nachkommen. Die Institutionen und Verbände der Verfolgten und Opfer. Der Staat Israel. Die Rechtsnachfolger staatlicher, verbandlicher und wirtschaftlicher Täterinstitutionen. Die Historiker. Die Philosophen. Die Theologen. Die jüdischen Gemeinden. Die Kirchen. Die mit unterschiedlichem Institutionalitätsgrad stattfindenden jüdisch-christlichen Gespräche. Die Öffentlichkeit. – Eine Aufzählung nicht mehr als stichworthafter Bezeichnungen jener Orte, an denen, von denen aus an Auschwitz gearbeitet wird. Trotz der Berührungen und Überschneidungen: Jeder dieser Orte ist inkommensurabel. Der Ort der christlichen systematischen Theologie ist nur einer unter ihnen.

Zwei Formulierungen habe ich verwendet, die, nach jener der Lektion, irritieren können: Ich habe Auschwitz mehrfach mit dem Begriff des *Anfangs* verbunden. Wie kann man sagen oder nahelegen, daß Auschwitz ein Anfang sei? Ist es nicht vielmehr ein unerträgliches, nicht kompensierbares, bleibendes Ende? Ohne dies zu bestreiten, möchte ich so formulieren: Menschliches Leben und Handeln, und damit Geschichte, hat mit Auschwitz nicht aufgehört, Lebendiges hervorzubringen, zu bearbeiten, auch zu zerstören. Ich möchte mir aber weder das Leben noch die Geschichte als einen Strom vorstellen müssen, in dessen vitaler Dynamik jede Etappe untergeht und Auschwitz dann eben eine der unendlich vielen Etappen dieses naturhaft-vitalistischen, alles egalisierenden Lebens- und Geschichtsstroms gewesen ist. Wenn man aber statt dessen sagt, daß nach Auschwitz nichts, was geschichtlich geschieht, ohne Bezug zu Auschwitz, sei dieser reflektiert oder unthematisch, auskommt – wobei man damit die Vorstellung von der Einheit der Geschichte in Anspruch nimmt –, dann erklärt man doch Auschwitz zu einem Anfang *in* der Geschichte. Dieser Anfang ist aber ein dunkler.

Die zweite Formulierung: Ich habe von der *Arbeit* an Auschwitz gesprochen. Mit *Arbeit* bezeichnet man gewöhnlich ein hervorbringendes Tun. Wie kann dies auf Auschwitz angewendet werden? Auschwitz ist historisch wie geographisch lokalisierbar und doch unfaßbar. Es ist dieses beides in einem: ein Un-Ort. Ein Ort, der keiner ist, eine Negation, die einen Ort hat. Das, was mit Auschwitz eingesetzt hat, schon in Auschwitz selbst, in den Lagern, ist die Arbeit daran, diesem Un-Ort einen Ort zu geben. Diese Arbeit an der Gabe des Ortes geschieht, wie gesagt, polyzentrisch; sie ist *de facto* also eine Arbeit an vielen Orten. Wieder begegnet man dem Scheitern: Nicht nur, daß eine solche Arbeit an der Gabe des Ortes nachträglich kommt, also zu spät, sie kann auch nicht gegen die Grunddynamik von Auschwitz ankommen: nämlich einen Ort der Zerstörung und Vernichtung zu produzieren. Ein Ort wird aber geschaffen, um etwas zu gründen, etwas aufzubauen. Seit Auschwitz ist ein Ort namhaft, dessen Gründung in der Vernichtung und dessen Aufbau in der Zerstörung besteht. Seitdem wird keine Arbeit an welchem Ort immer, keine Bearbeitung welchen Orts immer, ihre Nähe zu jener Arbeit an der Zerstörung mehr übersehen dürfen. Die universale Bedeutung von Auschwitz liegt auch darin: Welche Aufbauarbeit könnte sich nun noch dem Verdacht einer ihr innewohnenden Zerstörung entziehen?

<sup>1</sup>Jean Améry, *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*. Stuttgart 1977 (1966).

## Der «Text» von Auschwitz – Unmöglichkeit seiner Lektüre

Habe ich mich nun bisher der Lektion entzogen, wie anfangs gesagt, indem ich gar nicht theologisch gesprochen habe? Ich möchte behaupten, daß ich sehr wohl theologisch gesprochen habe, wenn auch nicht in einem eindeutig zuordnenbaren Idiom. Läßt sich auf dem Weg des bisher Gesagten ein ausdrücklich theologisches Zur-Sprache-Bringen der Lektion von Auschwitz erschließen?

Ich möchte einen Weg versuchen, indem ich an jenem Wort der Lektion anknüpfe, das ich mir selbst mit dem Untertitel dieses Essays vorgegeben habe und dem bereits der Verdacht anhaftet, ein Verkleinerungswort zu sein, Auschwitz zu verkleinern, handhabbar zu machen. Lektion: ein Vorgang des Lernens, den man praktiziert, indem man sich einem Bedeutungsgewebe, einem Text, einer Schrift zuwendet und dieses zu entziffern, zu lesen, zu verstehen versucht. Als eine solche Lektion – Begriff und Tätigkeit der *Lektüre* klingen an – ist Lernen kein restlos innerliches Geschehen, sondern stets, und sei es noch so spurenhaf, an die nicht integrierbare Materialität der Schrift gebunden. Auch wenn man sagen wird, daß das Lernen in einer letzten Dimension ein Ereignis subjektiver Spiritualität ist, unkommunizierbar in der Stille des nicht weiter ausbuchstabierbaren Subjektkerns sich ereignet, so wird man doch auch sagen müssen, daß es, insofern es als Lektion an die Schrift gebunden ist, einen öffentlichen Prozeß darstellt. Schriftgebundenes Lernen: Das mag die kürzestmögliche Definition von Lektion sein.

Wer entlang eines Texts und anhand einer Schrift lernt, muß wissen, daß die Zahl derer, die mit ihm das gleiche tun, prinzipiell nicht begrenzt ist. Die allerstillste Tätigkeit des (lesenden) Lernens ist eine der öffentlichsten. Man kann hierin durchaus eine Assonanz, eine «tönende Beistimmung» zu Jacques Derridas Deutung eines Hinweises auf den Zusammenhang von Sprache und Ethik hören, den Søren Kierkegaard in *Furcht und Zittern* gibt. Die erste Bestimmung der Sprache sei, so J. Derrida in seiner Kierkegaard-Lektüre, «mich meiner Einzigartigkeit zu berauben oder eben auch mich von ihr zu erlösen ... Ich bin niemals mehr ich selbst, allein und einzig, sobald ich spreche.» Die Sprache öffnet den, der spricht, auf eine Allgemeinheit zu; nicht erst deswegen, weil jemand, indem er spricht, sich stets adressiert, sondern bereits, weil Sprache selbst «Gemeinbesitz» ist. «Die *ethische* Anforderung richtet sich, gemäß Kierkegaard, nach der Allgemeinheit; und sie definiert somit eine Verantwortung, die darin besteht, zu sprechen, das heißt sich auf das Element der Allgemeinheit einzulassen, um sich zu rechtfertigen, um von seiner Entscheidung Rechenschaft zu geben und seine Akte zu verantworten.»<sup>2</sup>

Der Akt der Lektüre ist, so schweigend er sich auch vollziehen mag, schon ein ethischer Akt. Denn indem er sich eben einem Text zuwendet, richtet er sich, vermittelt durch diesen Text, auf eine Allgemeinheit aus. Ich stelle mir vor, daß ich im Versuch, den «Text» Auschwitz zu lesen, dies in einer anonymen Gemeinschaft der vielen tue. Eine nicht-konstituierte Gemeinschaft von schweigend die Lippen bewegenden Leserinnen und Lesern. Auf Franz Rosenzweig geht der Begriff der gleichzeitigen Gemeinschaft und Ungemeinschaft zurück; Rosenzweig bezeichnet mit ihm das Verhältnis von Judentum und Christentum.<sup>3</sup> Angesichts der unmöglichen Lektion von Auschwitz scheint mir diese Sortierung nach bestehenden Gemeinschaften – Judentum hier, Christentum dort – noch einmal unterlaufen zu werden, so daß es von den Individuen vor Auschwitz heißen kann, daß sie in der Lektüre dieses Texts Gemeinschaft und Ungemeinschaft zugleich sind. Damit soll die Unterscheidung in Täter und Opfer nicht fahrlässig aufgehoben oder auch nur verwischt werden. Aber kann in Konfrontation mit Auschwitz noch irgendjemand sich der bergenden Umfassung durch eine vorgeformte Gemeinschaft rückversichern? Eine Gemeinschaft in radikaler Vereinzelung, das scheint mir den Leserinnen und Lesern dieses «Texts»

<sup>2</sup>Jacques Derrida, *Den Tod geben*, in: Anselm Haverkamp, Hrsg., *Gewalt und Gerechtigkeit. Derrida-Benjamin*. Frankfurt 1994, 331-445, hier: 387.

<sup>3</sup>Vgl. Franz Rosenzweig, *Der Mensch und sein Werk. Gesammelte Schriften I*. Den Haag 1976, 137.

Auschwitz zuzustoßen. Er enteignet seine Leser ihrer identitätsstiftenden Attribute. Er entdeckt ihnen darin ihre unvertretbare Subjektivität. Er entdeckt ihnen ihr Menschliches. Soll man sich das zumuten lassen – sich von Auschwitz seine Menschlichkeit entdecken lassen? Auch hier wieder soll nicht die reale Differenz zwischen Tätern und Opfern verwischt oder in ein allgemeines Menschliches aufgehoben werden.

Die Theologie geht nicht verloren vor Auschwitz. Sie geleitet aber auch nicht zu diesem Ort oder in ihn hinein. Die Nacktheit, die einen vor Auschwitz befällt, läßt sich nicht auf der Linie dieser beiden Möglichkeiten erfassen. Die Lektion, die vor Auschwitz zu lernen ist, die es erteilt, ereignet sich als ein Bruch, als ein schlagartiges Wegsein dessen, was man gerade noch in der Hand, in Gedanken, auf der Zunge gehabt hat, ohne daß dies erfahrbar, also schon wieder mit anderen Bedeutungstexturen verknüpft wäre. Ein Bruch aber, der nicht spurlos geschieht, sondern irgendwie Resonanzen hervorruft, eine negierte Erfahrung, eine Erfahrung des Erfahrungslosen. Eine Traumatisierung über die psychologisch beschreibbare Traumatisierung hinaus. Ich sage nicht, daß jeder, der sich daran macht, den Text von Auschwitz zu lesen, diese Nicht-Erfahrung macht oder machen muß. Aber dem, was er liest, was immer es auch sein mag, ist diese Negation der Erfahrung, dieser Bruch, eingeschrieben; sie liest er. Er liest eine *Fremderfahrung*.

Wer überhaupt Texte liest, wer sich im Gewebe der Überlieferungen bewegt, um sich von ihnen etwas sagen zu lassen, hat es mit Fremderfahrungen zu tun, Fremderfahrungen, die der Lesende nicht selber macht, die sich ihm nur zumitteln, ohne je die Beglaubigung eigener Erfahrungen zu erlangen, und die dennoch, zugleich, ohne je die Sphäre des Fremd-Vermittelten zu verlassen, sich dem Lesenden aufdrängen, ihm auf den Leib rücken, unter die Haut gehen, *als wären sie die seinen*. Sie stellen ihn unter die Forderung, sie aus sich selbst hervor *nachzuempfinden*. Die Worte sind hier sehr präzise; wir müssen nur auf sie hören: Noch im *Nach*-Empfinden ist die Differenz markiert, die die eigene innere (Empfindungs-)Tätigkeit von der uneinholbar fremden Erfahrung trennt.<sup>4</sup>

Und was bedeutet es erst, wenn die Fremderfahrung, die sich mir zumittelt, eine negierte Erfahrung ist. Wir heute, die wir die Lektion von Auschwitz zu lernen versuchen, haben es mit einer doppelten Negierung zu tun; getroffen von dieser doppelten Negierung ist zunächst unser Verständnis von Authentizität als Name einer unmittelbar zugänglichen Wirklichkeit. In diesem Fraglichwerden von Authentizität ist aber noch Grundlegenderes berührt: Wenn die Lektion von Auschwitz sich in der *Indirektheit der Fremderfahrung* zumittelt – erste Negation –, und wenn sie aus einer *nicht erfahrbaren Erfahrung* besteht – zweite Negation –, und wenn sich dennoch diese Lektion mir zumutet als etwas von mir selbst zu Vollziehendes, dann steht meine Identität auf

<sup>4</sup>Von ihrem philosophisch-theologischen Beginn bei Friedrich Schleiermacher an ist die Geschichte der Hermeneutik von konzeptionellen Versuchen der Überwindung dieser Differenz durchzogen – angefangen von der Divination Schleiermachers über den Gedanken der Einfühlung des Lesers in die Aussageintention des Autors bis hin zu Hans-Georg Gadamer's Theorem der Horizontverschmelzung. In ihrem epistemologischen wie methodologischen Scheitern bezeugen all diese Konzepte die nicht abschaffbare Gültigkeit der Differenz zwischen dem Gesagten und dessen Rekonstruktion in der Deutung. Paul Ricœur hat dies unter dem Begriff der Distanzierung theoretisch entfaltet und deutlich gemacht, daß die Hermeneutik in dieser Differenz ihre Daseinsbegründung hat. Weil das in einem Text Niedergelegte nie in eine identische Repräsentation durch die Interpretation überführt werden kann, ist der hermeneutische Verstehensprozeß nicht eine zu bewältigende, sondern eine bleibende Aufgabe. Das Verstehen eines Texts bedeutet am Ende nicht die Transformation des im Text Gesagten in das eigene Sagen hinein, sondern die Verantwortung der eigenen Deutung vor dem zur Deutung aufgegebenen Text. Nicht in einem restlosen Verstandenhaben eines Texts (auf der Linie der Horizontverschmelzung) erweist sich dann das Gelingen des hermeneutischen Prozesses, sondern im Freilegen und Ergreifen seiner ethischen Dimension. Vgl. zu Paul Ricœur's Begriff der Distanzierung: Knut Wenzel, Die Gegenwart des Verstehens. Hermeneutik im Schatten theologischer Rezeptionsdefizite, in: Klaus Müller, Hrsg., Fundamentaltheologie. Fluchtlinien und gegenwärtige Herausforderungen. Regensburg 1998, 151-175, bes. 165-171.

dem Spiel. Es mag richtig sein und gesagt werden müssen, daß bei allem, was die Lektion Auschwitz mit mir macht, nicht davon abgesehen werden kann, daß hier stets noch die Instanz des Ich aufgerufen und im Spiel, also vorausgesetzt ist. Aber zugleich kann sich dieses Ich in einer fremden, also nicht selbst gemachten Erfahrung, die zudem keine Erfahrung ist, nicht mehr selbst präsent machen; das Subjekt kann unter diesen Ansprüchen und Zumutungen, wiewohl es sie vollziehen soll, nicht mehr «ich» sagen. Der Bruch ist nicht einer, den das Ich vollzieht, sondern der es trifft.

Es gibt vielfältige Zeugnisse dafür, daß das Lernen einer Lektion nicht im Zugewinn von Einsicht besteht, die sich einem fraglos präsenten Ich-Kern anlagert, ihn ergänzt und bereichert, sondern darin, diesen Ich-Kern zusammenbrechen und wieder neu aufbauen zu lassen. Und weil damit die Instanz des Lernenden selbst zusammenbricht, im entscheidenden Moment des Lernens also gar niemand «da» ist, der lernen könnte, ist es nicht abwegig, von der Unmöglichkeit des Lernens oder von der unmöglichen Lektion zu sprechen. Solche Lern«erfahrungen» können vielleicht als Lektion der *metanoia*, der Umkehr bezeichnet werden; nicht ein Mensch ändert seine Lebensrichtung, alles, was er ist, ändert sich in seiner Lebensausrichtung und setzt sich neu zusammen.

### Scheitern und Neuanfang

Die Unmöglichkeit der Lektion von Auschwitz besteht darin, daß sie zerstört, ohne neu zu orientieren. Abbau ohne Aufbau. Auschwitz allein ist kein Paradigma für Umkehr. Darin besteht die Unmöglichkeit *dieser* Lektion – jenseits der soeben skizzierten Unmöglichkeitsstruktur einer Lektion –, daß sie keinen Ausweg anbietet, keine Blaupause für einen Neuanfang nach der Zerstörung und Negierung.

Was jetzt? Ist nicht hiermit der Punkt des Eingeständnisses von der Unlesbarkeit des Texts von Auschwitz erreicht? In diesem Moment empfiehlt es sich vielleicht, wiederum sehr genau auf die Sprache zu hören: Es war die Rede von einem Punkt, an dem sich die Unlesbarkeit des Texts von Auschwitz gezeigt hat, die Unmöglichkeit der Lektion von Auschwitz. Wenn man es so sagt, plaziert man diese Erkenntnis an das Ende eines langen Interpretations- und Lernprozesses. Die Aussage von der Unlesbarkeit wird also nicht jenseits oder außerhalb des Bedeutungsfelds «Text» getroffen, sondern innerhalb und als Ergebnis eines Lektürevorgangs.

Wenn man mit einem Text nicht mehr weiterkommt, wenn man in ihm steckenbleibt, ist damit der Impetus des Verstehens keineswegs beendet oder erschöpft, selbst wenn er durch jenen Text von Auschwitz zurückgewiesen, verneint, falsifiziert wird. Es gibt im Impetus des Verstehens eine Weigerung, sich mit dem Scheitern angesichts der Lektion von Auschwitz abzufinden. Diese Weigerung kann produktiv werden, indem sie sich dem unlesbar gewordenen oder nie lesbar gewesen Text von Auschwitz von anderen Texten her zu nähern sucht. Sie sucht den nicht lesbaren Text zu erschließen oder wenigstens nicht in Ruhe zu lassen, indem sie einen anderen Text daneben hält, von diesem her jenen gewissermaßen parallel lesend oder gegenlesend. Was geschieht in einer solchen Supplementierung des nicht lesbaren Texts durch einen womöglich lesbaren Text? Wer mit einem Text nicht weiterkommt und zu einem anderen greift, um aber dadurch ganz beim ersten zu bleiben, ihn nicht vergessend, ihm nicht den Rücken zuwendend, setzt auf das Wagnis eines Neuanfangs. Eines nicht ableitbaren, aus dem Text von Auschwitz nicht herleitbaren Neuanfangs.

Wenigstens diese Symmetrie scheint es in der unmöglichen Lektion von Auschwitz zu geben, daß zu einem gewissen Zeitpunkt der Bruch, den Auschwitz in der Erfahrung darstellt, mit einem Bruch in der Beschäftigung mit Auschwitz beantwortet wird. Jetzt aber ein Bruch, der einen Neuanfang freisetzen soll.

Nun kann man sagen, daß der Griff zu einem anderen Text, wenn die Unlesbarkeit des ersten, primären, eigentlich beanspruchenden Texts unabweisbar geworden ist, schlicht die Anwendung

einer Kulturtechnik darstellt. So wie man, in einem vergleichsweise alltäglichen Kontext, nach einem Lexikon, einem Handbuch oder irgendeinem Referenztext greift. Das trifft sicher zu. Aber auch eine Kulturtechnik entsteht nicht maschinell, sondern wird als Beantwortung, Formgebung und Handhabung eines Bedürfnisses hervorgebracht, das sich vermittelt eben einer solchen Kulturtechnik artikuliert und zu verwirklichen sucht. Das Bedürfnis zu verstehen kommt auch im Scheitern vor Auschwitz nicht zur Ruhe. Der Griff nach dem anderen Text ist zumindest Ausdruck des dem Scheitern widersprechenden Verstehenwollens. So ist die Kulturtechnik des Griffs nach einem anderen Text Trägerin einer Bedeutung, sozusagen kulturelles Material, in welchem sich eine Bedeutung oder Beanspruchung verstofflicht und versprachlicht, nämlich die Bedeutung oder Beanspruchung einer *Hoffnung*. Diese Hoffnung trägt eine dialektische Signatur: Sie leugnet gar nicht die Unmöglichkeit der Lektion von Auschwitz, sondern würdigt sie im Akt des Neuanfangs. Aber diese Würdigung anerkennt eben nicht eine Endgültigkeit des Scheiterns oder der Unmöglichkeit des Verstehens. Indem sie sich vielmehr als Neuanfang, als eine neu einsetzende Lektüre und ein neu einsetzendes Lernen artikuliert, besteht sie darauf, daß auch angesichts des nicht integrierbaren Bruchs von Auschwitz noch einmal eine Position einzunehmen ist, von der her in Hinsicht auf Auschwitz etwas sagbar sein muß. Vor Auschwitz nicht von Auschwitz verschlungen zu sein: Das könnte die gesuchte Position sein. Dabei ist gar nicht zu leugnen, daß eine solche Position eben nicht von Auschwitz unberührt wäre, sondern unter dem Bruch von Auschwitz stünde. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Position eine schwache wäre. Aber genausowenig kann geleugnet werden, daß diese Position einnehmbar, mehr noch, daß sie formulierbar sein muß. Oder um es anders, in einer eher dynamischen und nicht statischen Sprache zu sagen: Der Akt des Neuanfangs, wie er sich im Griff nach dem anderen Text artikuliert, und der eine Geste der Hoffnung ist, muß selber noch einmal in einem bedeutungsvollen Sprechen, in einem Text, ausgesagt und reflexiv eingeholt werden können. Die Artikulation und Reflexion eines unableitbaren, also nicht gedeckten und in dieser Unableitbarkeit überhaupt erst wirklichen Akts des Neuanfangs geschieht aber in der Sprache des Glaubens.

## ORIENTIERUNG (ISSN 0030-5502)

erscheint 2× monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen  
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

### Redaktion und Aboverwaltung:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich

Telefon 01 201 07 60, Telefax 01 201 49 83

E-Mail Redaktion: orientierung@bluewin.ch

Aboverwaltung: orientierung.abo@bluewin.ch

Homepage: www.orientierung.ch

Redaktion: Nikolaus Klein, Josef Bruhin,  
Werner Heierle, Paul Oberholzer, Pietro Selvatico  
Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice  
Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting),  
Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

### Preise Jahresabonnement 2005:

Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 65.- / Studierende Fr. 50.-  
Deutschland und Österreich: Euro 50.- / Studierende Euro 38.-  
Übrige Länder: SFr. 61.-, Euro 33.- zuzüglich Versandkosten.  
Gönnerabonnement: Fr. 100.-, Euro 60.-

### Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postkonto Zürich 87-573105-7

Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70)

Konto Nr. 6290-700

Österreich: Bank Austria, Creditanstalt

Zweigstelle Feldkirch (BLZ 12000),

Konto Nr. 00473009 306, Orientierung, Feldkirch

Übrige: Credit Suisse, CH-8070 Zürich (BLZ 4842),

Konto Nr. 556967-61

Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil

Abonnements-Bestellungen bitte an die Aboverwaltung.  
Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die  
Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

## Die Theologie vor Auschwitz – Pflicht zur Selbstrevision

Zuvor ist gesagt worden, daß die Theologie weder vor Auschwitz verlorengelassen noch aber auch ein Begleiter nach Auschwitz hinein ist. (Der Weg nach Auschwitz geschieht ohne Paraklet.) Nun aber zeigt sich, daß sie womöglich ein solcher anderer Text ist, zu dem man greift im Scheitern der Lektüre des Texts von Auschwitz.

Die christliche Theologie steht nicht nur in der Pflicht, ihre, der Christen und der Kirchen Schuld an Auschwitz aufzudecken, zu bekennen und sich als Konsequenz einem Prozeß der Revision zu unterziehen. Es ist nicht zu übersehen, daß sie dies in vielen Etappen bereits begonnen hat. Ich will einige Stationen nennen: die Wiederentdeckung des Monotheismus als Juden und Christen gemeinsames, ideologiekritisches Erbe durch Erik Peterson im Nationalsozialismus und gegen die machtaffirmative Verzweckung des Gottesgedankens durch Carl Schmitt<sup>5</sup>; der Epochemachende *Traktat über die Juden* des Regensburger Neutestamentlers Franz Mußner<sup>6</sup>; die Einschreibung des Namens von Auschwitz in den Text der christlichen Theologie durch Johann Baptist Metz<sup>7</sup>; die Ausarbeitung einer christlichen Theologie mit jüdischem Profil durch Friedrich-Wilhelm Marquardt<sup>8</sup>; die Reflexion des Holocausts in einer Theologie des *Kiddusch HaSchem*, der Heiligung des göttlichen Namens, und des Opfers durch Verena Lenzen<sup>9</sup>; die Rezeption jüdisch inspirierter Philosophie zur Reformulierung der christlichen Zentraldogmen im Gespräch mit dem Judentum durch Josef Wohlmuth<sup>10</sup>; der Entwurf einer Theologie der Angewiesenheit der Christen auf die Juden durch Paul Petzel<sup>11</sup>; die systematische Erschließung des Judentums als eines *locus theologicus (alienus)* christlicher Theologie durch Peter Hünermann<sup>12</sup>. Diese unvollständige und plakative Liste mag immerhin kenntlich machen, daß die christliche Theologie sich der Verpflichtung nicht entzieht, sondern stellt, die unmögliche Lektion von Auschwitz zu lernen.<sup>13</sup> Nur in einer Nebenbemerkung sei der merkwürdige Umstand, um das Mindeste zu sagen, in Erinnerung gerufen, daß die christliche Theologie die Aufdeckung ihrer Israelvergessenheit und die Entdeckung des Judentums der Katastrophe von Auschwitz verdankt. Die weithin als Bereicherung wahrgenommene Hinwendung zum Judentum ist an Auschwitz gebunden. (*Zweiter Teil folgt*)

Knut Wenzel, Regensburg

<sup>5</sup>Vgl. Erik Peterson, *Der Monotheismus als politisches Problem* (1935), in: ders., *Ausgewählte Schriften*. Herausgegeben von Barbara Nichtweiß. Bd. 1: Theologische Traktate. Würzburg 1994, 23-81.

<sup>6</sup>Vgl. Franz Mußner, *Traktat über die Juden*. München 1979.

<sup>7</sup>Vgl. Johann Baptist Metz, *Ökumene nach Auschwitz. Zum Verhältnis von Christen und Juden in Deutschland*, in: ders., Eugen Kogon u.a., Hrsg., *Gott nach Auschwitz. Dimensionen des Massenmords am jüdischen Volk*. Freiburg-Basel-Wien 1979, 121-144; ders., *Im Angesicht der Juden. Christliche Theologie nach Auschwitz*, in: *Concilium* 20 (1984), 382-389; ders., *Kampf um jüdische Gotteserfahrungen in der christlichen Gottesrede*, in: *Kirche und Israel* 2,2 (1987), 14-23.; ders., *Kirche nach Auschwitz*, Hamburg 1993.

<sup>8</sup>Vgl. Friedrich-Wilhelm Marquardt, *Von Elend und Heimsuchung der Theologie. Prolegomena zur Dogmatik*. München 1988; ders., *Das christliche Bekenntnis zu Jesus, dem Juden. Eine Christologie*. 2 Bde, München 1990 und 1991; ders., *Was dürfen wir hoffen, wenn wir hoffen dürften? Eine Eschatologie*. 3 Bde, Gütersloh 1993, 1994 und 1996; ders., *Eia, wärn wir da – eine theologische Utopie*. Gütersloh 1997.

<sup>9</sup>Vgl. Verena Lenzen, *Jüdisches Leben und Sterben im Namen Gottes. Studien über die Heiligung des göttlichen Namens*. München 1995.

<sup>10</sup>Vgl. Josef Wohlmuth, *Im Geheimnis einander nahe. Theologische Aufsätze zum Verhältnis von Judentum und Christentum*. Paderborn u.a. 1996; ders., *Die Tora spricht die Sprache der Menschen. Theologische Aufsätze und Meditationen zur Beziehung von Judentum und Christentum*. Paderborn u.a. 2002.

<sup>11</sup>Vgl. Paul Petzel, *Was uns an Gott fehlt, wenn uns die Juden fehlen. Eine erkenntnistheologische Studie*. Mainz 1993.

<sup>12</sup>Vgl. Peter Hünermann, *Die methodologische Herausforderung der Dogmatik durch die Wiederentdeckung der theologischen Relevanz des Judentums*, in: ders., Thomas Söding, Hrsg., *Methodische Erneuerung der Theologie. Konsequenzen der wiederentdeckten jüdisch-christlichen Gemeinsamkeiten*. (QD 200), Freiburg-Basel-Wien 2003, 142-163; ders., *Dogmatische Prinzipienlehre. Glaube – Überlieferung – Theologie als Sprach- und Wahrheitsgeschehen*. Münster 2003, 237-245.

<sup>13</sup>Ein Literaturbericht zum Thema findet sich jetzt in: Marianne Grohmann, *Judentum und Christentum: Verhältnisbestimmungen am Ende des 20. Jahrhunderts*, in: *Theologische Rundschau* 69 (2004), 150-181.